ARCHIV VERNEHMLASSUNGEN
ARCHIVES CONSULTATIONS
ARCHIVIO CONSULTAZIONI

Sprachenunterricht in der obligatorischen Schule
Empfehlungen der EDK | Anhörung
Enseignement des langues à l'école obligatoire
Recommandations de la CDIP | Procédure d'audition
Insegnamento delle lingue nella scuola obbligatoria
Raccomandazioni della CDPE | Procedimento di audizione

27.5.2015–30.9.2015

Dokumente | Documents
Eröffnung der Anhörung | Ouverture de la procédure d'audition
Ergebnis der Anhörung | Résultats de la procédure d'audition

Informationen zu aktuellen Vernehmlassungen finden Sie auf der Website der EDK.
Vous trouverez des Informations concernant les consultations actuelles sur le site web de la CDIP.

14.8.2020
212.4-14.22

EDK | CDIP | CDPE | CDEP |
Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique
Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione
Conferenza svizra dals directurs chantunals da l'educaziun publica

EMPFEHLUNGEN

Sprachenunterricht in der obligatorischen Schule

Verabschiedet von der Plenarversammlung der EDK am ...

Entwurf vom 26. Mai 2015

Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) erlässt

- gestützt auf Artikel 62 Absatz 4 der Bundesverfassung vom 18. April 1999,
- gestützt auf Artikel 4 des HarmoS-Konkordats vom 14. Juni 2007,
- gemäss EDK-Strategie vom 25. März 2004 für den Sprachenunterricht in der obligatorischen Schule,
- nach der Stellungnahme der EDK vom 31. Oktober 2014 zum Sprachenunterricht,

gestützt auf Artikel 1 und 3 des Konkordats über die Schulkoordination vom 29. Oktober 1970, die folgenden Empfehlungen:

I Ausgangslage

Die Bundesverfassung verpflichtet die Kantone, die Ziele der Bildungsstufen und damit auch die Ziele des Sprachenunterrichts zu harmonisieren. Zu diesem Zweck hat die EDK 2004 eine Sprachenstrategie erarbeitet, deren zentrale Inhalte später in das HarmoS-Konkordat eingeflossen sind. Diese Strategie sieht vor, dass an den Schweizer Primarschulen spätestens ab dem 3. und 5. Schuljahr (HarmoS 5/7) eine zweite Landessprache sowie Englisch unterrichtet werden. Welche der beiden Sprachen dabei zuerst eingeführt wird, unterliegt der regionalen Koordination. Das Modell 3/5 (HarmoS 5/7) entspricht einer harmonisierten Lösung im Sinne von Artikel 62 Absatz 4 BV.

Die Sprachenstrategie steht im Dienst der Verständigung zwischen den Sprachregionen. Kenntnisse in den Landessprachen sind für das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben der Schweiz und damit für den nationalen Zusammenhalt von grosser Bedeutung, weswegen die Kantone die Umsetzung der Sprachenstrategie in den vergangenen Jahren mit zahlreichen koordinierten Massnahmen und unter Verwendung beträchtlicher Ressourcen vorangetrieben haben. Das Modell 3/5 (HarmoS 5/7) wird heute in 23 Kantonen umgesetzt. Diese Umsetzung soll sorgfältig weitergeführt werden.

Generalsekretariat | **Secrétariat général**
Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach, CH-3000 Bern 7 | T: +41 (0)31 309 51 11, F: +41 (0)31 309 51 50, www.edk.ch, edk@edk.ch

IDES Informationszentrum | Centre d'information | T: +41 (0)31 309 51 00, F: +41 (0)31 309 51 10, ides@edk.ch

II Arbeitsprogramm von 2004 umgesetzt – weitere Verbesserungen nötig

Mit der Sprachenstrategie von 2004 wurden in einem Arbeitsprogramm gemeinsame Instrumente festgelegt, deren Entwicklung und Einführung mittlerweile abgeschlossen ist. Das Arbeitsprogramm von 2004 konnte damit umgesetzt werden. Evaluationen sowie Verbesserungen in der Anwendung bleiben bei einigen dieser Instrumente aber nötig:

- **Nationale Bildungsziele und Evaluation des Sprachenunterrichts:** Im Juni 2011 hat die EDK die ersten nationalen Bildungsziele für Fremdsprachen verabschiedet, welche die bis zum Ende der Primarstufe und der Sekundarstufe I zu erreichenden Grundkompetenzen in einer zweiten Landessprache und in Englisch beschreiben. Ob die Schülerinnen und Schüler am Ende der Primarstufe über diese Grundkompetenzen in der ersten Fremdsprache verfügen, wird 2017 erstmals überprüft. Alle Kantone werden an dieser Überprüfung teilnehmen.
- **Europäisches Sprachenportfolio**: Die Schweizer Sprachenportfolios, die im Auftrag der EDK erarbeitet und vom Europarat validiert wurden, werden vom *Schulverlag plus* in Bern herausgegeben. Diese Instrumente liegen in drei an das Alter der Schülerinnen und Schüler angepassten Versionen vor. Es bedarf weiterer Anstrengungen, um die Portfolios effektiv zur Anwendung zu bringen.
- **Grundausbildung der Lehrpersonen**: Die Ausbildungsinstitutionen haben in der Ausbildung der Lehrpersonen eine Praxis für die sprachlichen Kompetenzniveaus entwickelt, welche zu Beginn und am Ende der Ausbildung vorausgesetzt werden. Über ihre Diplomanerkennungspraxis hat die EDK diese Niveaus bestätigt. Es sind dies für die Zulassung zur Lehrerinnen-/Lehrerausbildung das Niveau B2 (gymnasiales Maturitätsniveau) und für die Abschlussqualifikation (Lehrdiplom) das Niveau C1 (Primarstufe) bzw. C2 (Sekundarstufe I). In der Zwischenzeit wurden ergänzend dazu die Berufsspezifischen Sprachkompetenzprofile für Lehrpersonen, die Fremdsprachen unterrichten, entwickelt. Die Einführung der Profile auf Niveau der PH ist in Vorbereitung.
- **Förderung von Austauschaktivitäten:** Es wurde eine nationale Agentur zur Förderung von Austauschaktivitäten eingerichtet. Die *ch* Stiftung wurde vom Bund beauftragt, spezifische Leistungen für die Kantone in diesem Bereich zu erbringen. Die Möglichkeiten, ein Schuljahr in einer anderen Sprachregion zu absolvieren, sollen sowohl für Schülerinnen und Schüler als auch für Lehrkräfte ausgebaut und gefördert werden. Die Schweiz muss ihr Mehrsprachenpotential zugunsten des Sprachunterrichts und des Spracherwerbs jedoch noch vermehrt und systematischer nutzen. Daher sollten sich künftig nicht mehr nur eine nationale Agentur, sondern alle im System Verantwortlichen für den Austausch einsetzen.
- **Kompetenzzentrum für Mehrsprachigkeit:** Im Auftrag des Bundes hat das Institut für Mehrsprachigkeit der Universität Freiburg ein wissenschaftliches Kompetenzzentrum für Mehrsprachigkeit errichtet. Das Kompetenzzentrum liefert insbesondere Erkenntnisse und Untersuchungen, die zur Intensivierung und zur Verbesserung des Sprachenlernens bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen beitragen. Das Kompetenzzentrum sollte künftig gezielter für die Weiterentwicklung und Verbesserung des schulischen Sprachenlernens genutzt werden können.
- **Fachdidaktik:** Die fachdidaktische Kompetenz der Lehrpersonen ist für einen guten Unterricht und damit auch für die Motivation der Schülerinnen und Schüler zentral. Die EDK unterstützt deshalb seit Jahren den Aufbau der wissenschaftlichen Fachdidaktik. Ziel ist die Festigung einer

fundierten fachdidaktischen Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer, der Aufbau der Forschung auf diesem Gebiet und die Förderung wissenschaftlicher Qualifikationen von Dozierenden und Forschenden für die Lehrerinnen- und Lehrerbildung.

III Erneuerung wichtiger Grundsätze der Sprachenstrategie von 2004

Den Kantonen wird empfohlen

1. Schülerinnen und Schülern, die aus einem Kanton mit anderer Reihenfolge des Sprachenunterrichts zuziehen, gezielte Unterstützung zukommen zu lassen;
2. Schülerinnen und Schülern, die Schwierigkeiten haben, dem Sprachenunterricht zu folgen, geeignete Unterstützung anzubieten;
3. das Sprachkompetenzniveau der Fremdsprachenlehrkräfte durch regelmässige Sprachaufenthalte und geeignete Weiterbildungen langfristig zu fördern;
4. die didaktischen Ansätze und Lehrmittel am Alter der Kinder auszurichten und darauf zu achten, dass diese Ansätze und Lehrmittel einen kohärenten Übergang von der Primarstufe in die Sekundarstufe I gewährleisten;
5. die verschiedenen Versionen des Europäischen Sprachenportfolios an ihren Schulen einzusetzen.

IV Ergänzende Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Sprachenunterrichts

1. Den Kantonen wird empfohlen, die Sprachkompetenzen der Lehrpersonen in der Ausbildung zu fördern, indem sie
   - die von den Ausbildungsinstitutionen bereits angewandte Praxis und von der EDK bei der Diplomanerkennung übernommenen Kompetenzniveaus (vgl. Ziff. II) verbindlich erklären, gestützt auf den Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GER) sowie auf die Berufsspezifischen Sprachkompetenzprofile für Lehrpersonen, die Fremdsprachen unterrichten;
   - hochschulpolitische Massnahmen zur Förderung des weiteren Aufbaus der wissenschaftlichen Fachdidaktik im Sprachenbereich unterstützen;
   - Ansätze der Mehrsprachigkeitsdidaktik in der Ausbildung der Lehrpersonen unterstützen;
   - dazu beitragen, dass angehende Lehrpersonen der Sekundarstufe I die Landessprachen als Studienfächer belegen, zum Beispiel indem sie die Kombinationsmöglichkeiten bei der Fächerwahl einschränken;
   - die zweisprachigen Maturitäten und damit das immersive Lernen auch im Hinblick auf die Lehrerinnen-/Lehrerbildung ausbauen.

2. Die Kantone tragen zu guten Unterrichtsbedingungen bei, indem sie
   - ermöglichen, dass der Unterricht immer wieder Impulse zum Erhalt der Lernprogression und der Motivation erfährt, beispielsweise durch inhaltsorientierte Sequenzen innerhalb des kursorischen Unterrichts oder als Projektunterricht;
   - den Lehrpersonen Materialien zur Verfügung stellen, die sie zur altersgerechten und didaktischen Ausrichtung des Unterrichts entsprechenden Beurteilung der Leistungen ihrer Schüle-

rinnen und Schüler einsetzen können;
- den Schulen bei der Organisation des Unterrichts den nötigen Handlungsspielraum gewähren, damit sie Massnahmen wie die Zusammenlegung von Klassen und das Lernen in Gruppen pragmatisch umsetzen können;
- den Beizug von Lehrpersonen, deren Muttersprache die zweite Landessprache ist, oder von Sprachassistenzen im Unterricht ermöglichen;
- die Kontinuität im Lernprozess und in der pädagogischen Praxis zwischen Primarstufe, Sekundarstufe I und Sekundarstufe II gewährleisten.

3. Die Kantone unterstützen den nationalen Lehrerinnen- und Lehreraustausch zwischen den Sprachregionen der Schweiz durch geeignete Massnahmen.

V Begleitung durch Beispiele der guten Praxis

Die EDK begleitet die Kantone bei der Umsetzung dieser Empfehlungen, indem sie Beispiele guter Praxis herausgibt und diese mit einer wissenschaftlichen Aufbereitung von Fragestellungen im Zusammenhang mit dem schulischen Fremdsprachenlernen verbindet. Diese Beispiele dokumentieren mögliche Wege zu einem guten Sprachenunterricht.

Insbesondere sollen Fördermöglichkeiten für schwächere Schülerinnen und Schüler erläutert, erfolgversprechende Ansätze für die Arbeit mit jüngeren Schülerinnen und Schülern beschrieben und Ansätze aufgezeigt werden, wie im Laufe des mehrjährigen Sprachenunterrichts gewährleistet werden kann, dass zum richtigen Zeitpunkt Impulse gegeben und motivationsfördernde Massnahmen umgesetzt werden können, um ein Abflachen der Lernkurve zu vermeiden. Auch sollen dabei altersgerechte und den didaktischen Ansätzen entsprechende Beurteilungsformen (Beurteilung der Schülerinnen und Schüler) berücksichtigt werden.

Bern, den

Im Namen der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren

Der Präsident
Dr. Christoph Eymann

Der Generalsekretär
Hans Ambühl

EDK | CDIP | CDPE | CDEP |
Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique
Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione
Conferenza svizra dals directurs chantunals da l'educaziun publica

RECOMMANDATIONS

L'enseignement des langues à l'école obligatoire

adoptées par l'Assemblée plénière de la CDIP le …

Projet du 26 mai 2015

La Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique (CDIP),

- vu l'art. 62, al. 4, de la Constitution fédérale du 18 avril 1999
- vu l'art. 4 du concordat HarmoS du 14 juin 2007,
- conformément à sa stratégie du 25 mars 2004 pour l'enseignement des langues à l'école obligatoire,
- et suite à sa prise de position du 31 octobre 2014 concernant l'enseignement des langues,

se fondant sur les art. 1 et 3 du concordat du 29 octobre 1970 sur la coordination scolaire, émet les recommandations suivantes:

I Contexte

Les cantons sont tenus par la Constitution fédérale d'harmoniser les objectifs des niveaux d'enseignement et donc aussi les objectifs de l'enseignement des langues. C'est dans cette perspective que la CDIP a élaboré la stratégie des langues de 2004, dont les principaux éléments ont ensuite été repris dans le concordat HarmoS. Cette stratégie prévoit qu'une deuxième langue nationale et l'anglais sont enseignés dans les écoles suisses du degré primaire, au plus tard dès la 3e et la 5e années scolaires (5e et 7e HarmoS). L'ordre d'introduction des deux langues est coordonné au niveau régional. Le modèle 3e/5e (5e/7e HarmoS) représente une solution harmonisée au sens de l'art. 62, al. 4, Cst.

La stratégie des langues est au service de la compréhension entre les régions linguistiques. La connaissance des langues nationales a en effet une grande importance pour la vie politique, économique et culturelle de la Suisse ainsi que pour la cohésion nationale; c'est pourquoi les cantons ont déployé ces dernières années un grand nombre de mesures coordonnées et investi des ressources considérables pour mettre en œuvre cette stratégie,. Le modèle 3e/5e (5e/7e HarmoS) est aujourd'hui réalisé dans 23 cantons. Il convient de poursuivre avec soin cette mise en œuvre.

Generalsekretariat | **Secrétariat général**
Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach, CH-3000 Bern 7 | T: +41 (0)31 309 51 11, F: +41 (0)31 309 51 50, www.edk.ch, edk@edk.ch

IDES Informationszentrum | Centre d'information | T: +41 (0)31 309 51 00, F: +41 (0)31 309 51 10, ides@edk.ch

II Programme de travail de 2004 réalisé – améliorations à poursuivre

La stratégie des langues adoptée en 2004 s'accompagnait d'un programme de travail définissant des instruments communs, dont l'élaboration ou la mise en place est maintenant achevée. Le programme de travail de 2004 est donc réalisé. Mais des évaluations et des améliorations au niveau de l'application de certains de ces instruments restent nécessaires:

- **Objectifs nationaux de formation et évaluation de l'enseignement des langues:** en juin 2011, la CDIP a adopté les premiers objectifs nationaux de formation pour les langues étrangères, qui décrivent en détail les compétences fondamentales que les élèves doivent avoir acquises à la fin du degré primaire et du degré secondaire I dans une deuxième langue nationale et en anglais. Une première vérification de l'atteinte des compétences fondamentales dans la première langue étrangère à la fin du degré primaire aura lieu en 2017. Tous les cantons y participeront.
- **Portfolio européen des langues:** les portfolios suisses des langues, élaborés sur mandat de la CDIP et validés par le Conseil de l'Europe, sont publiés par les éditions scolaires *Schulverlag plus* de Berne. Ces instruments sont disponibles dans trois versions adaptées à l'âge des élèves. Des efforts supplémentaires s'avèrent toutefois nécessaires pour que les portfolios soient effectivement utilisés.
- **Formation initiale des enseignantes et enseignants:** les institutions de formation des enseignantes et enseignants ont développé une pratique concernant les niveaux de compétences linguistiques exigés au début et à la fin de la formation. Ces niveaux ont été confirmés par la CDIP dans sa pratique en matière de reconnaissance des diplômes. Sont en l'occurrence exigés, pour l'admission dans la formation, le niveau B2 (niveau de la maturité gymnasiale) et, pour la certification (diplôme d'enseignement), le niveau C1 (enseignement primaire) ou C2 (enseignement secondaire I). Plus récemment, des *profils de compétences langagières pour les enseignantes et enseignants de langues étrangères* ont été élaborés à titre complémentaire. Leur introduction au niveau des HEP est en phase de préparation.
- **Promotion des échanges:** une agence nationale chargée de promouvoir les échanges a été mise en place. La Fondation *ch* a été mandatée par la Confédération pour fournir dans ce domaine des prestations s'adressant spécialement aux cantons. Il convient en effet de développer et de promouvoir les possibilités d'accomplir une année scolaire dans une autre région linguistique, aussi bien pour les élèves que pour les enseignantes et enseignants. La Suisse doit mettre davantage et plus systématiquement à profit son potentiel plurilingue en faveur de l'enseignement et de l'apprentissage des langues. Dans ce but, les échanges devraient être encouragés à l'avenir non seulement par une agence nationale, mais par toute personne ayant des responsabilités au sein du système éducatif.
- **Instauration d'un centre national de compétences sur les langues:** l'Institut de plurilinguisme de l'Université de Fribourg a créé, sur mandat de la Confédération, un Centre scientifique de compétence sur le plurilinguisme. Il sert en particulier aux besoins de connaissances et d'analyses pour le renforcement et l'amélioration de l'apprentissage des langues chez les enfants, les jeunes et les adultes. Ce centre de compétence devrait à l'avenir pouvoir être utilisé de manière plus ciblée pour développer et améliorer l'apprentissage scolaire des langues.
- **Didactique des disciplines:** la compétence des enseignantes et enseignants en didactique des disciplines est un facteur essentiel pour la qualité de l'enseignement ainsi que pour la motivation des élèves. La CDIP soutient par conséquent depuis des années le développement de la didactique des disciplines en tant que science, afin de consolider la formation didactique initiale des enseignantes et enseignants, de développer la recherche dans ce domaine et d'encourager les certifications scientifiques de professeurs et de chercheurs au profit de la formation des enseignantes et enseignants.

III Renouvellement des grands principes de la stratégie des langues de 2004

Les cantons sont invités à

1. apporter un soutien ciblé aux élèves provenant d'un canton où l'ordre d'introduction des langues dans l'enseignement est différent;
2. proposer un soutien approprié aux élèves qui ont des difficultés à suivre l'enseignement des langues;
3. soutenir à long terme le niveau des compétences linguistiques des enseignantes et enseignants de langues au moyen de séjours linguistiques réguliers ou de formations continues adaptées;
4. adapter les approches didactiques et les moyens d'enseignement à l'âge des élèves et veiller à ce que ces outils méthodologiques assurent une transition cohérente du degré primaire au degré secondaire I;
5. utiliser les différentes versions du Portfolio européen des langues dans leurs établissements scolaires.

IV Recommandations complémentaires relatives au développement de l'enseignement des langues

1. Les cantons sont invités à encourager les compétences linguistiques des enseignantes et enseignants dans le cadre de leur formation,
   - en rendant obligatoires les niveaux de compétences repris de la pratique déjà appliquée par les institutions de formation et par la CDIP dans le domaine de la reconnaissance des diplômes (cf. point II), sur la base du Cadre européen commun de référence pour les langues (CECR) et des profils de compétences langagières pour les enseignantes et enseignants de langues étrangères;
   - en soutenant les mesures de politique universitaire visant à promouvoir le développement de la didactique des disciplines en tant que science dans le domaine des langues;
   - en soutenant les approches de la didactique du plurilinguisme dans la formation des enseignantes et enseignants;
   - en contribuant à ce que les futurs enseignants et enseignantes du degré secondaire I choisissent les langues nationales comme branches d'études, par exemple en limitant les combinaisons possibles au niveau du choix des disciplines d'enseignement;
   - en développant les maturités bilingues et donc l'apprentissage par immersion, notamment en vue de la formation à l'enseignement.

2. Les cantons contribuent à la qualité des conditions de l'enseignement,
   - en permettant de réitérer constamment dans l'enseignement les impulsions contribuant à maintenir la progression et la motivation, par exemple à travers des séquences d'enseignement construites autour d'un contenu thématique dans le cadre des cours ordinaires ou sous forme de projet;
   - en mettant à la disposition des enseignantes et enseignants des outils qu'ils peuvent utiliser pour évaluer les compétences de leurs élèves de manière adaptée à l'âge de ceux-ci et conforme à l'orientation didactique de leur enseignement;
   - en laissant aux écoles la marge de manœuvre nécessaire dans l'organisation de l'enseignement, afin qu'elles puissent concrétiser de manière pragmatique les mesures telles que le regroupement de classes et l'apprentissage par groupes;
   - en autorisant le recours à des enseignantes et enseignants dont la langue maternelle est la seconde langue nationale ou à des assistantes et assistants de langues;

- en assurant la continuité entre les degrés primaire, secondaire I et secondaire II dans le processus d'apprentissage et dans les pratiques pédagogiques.

3. Les cantons soutiennent par des mesures appropriées le programme national d'échanges entre les régions linguistiques destiné aux enseignantes et enseignants.

V Accompagnement par des exemples de bonne pratique

La CDIP accompagne les cantons dans leur mise en œuvre de ces recommandations en publiant des exemples de bonne pratique et en les reliant aux travaux scientifiques traitant de thématiques en rapport avec l'apprentissage scolaire des langues. Ces exemples documentent les composantes possibles d'un enseignement de qualité dans le domaine des langues.

Il convient notamment de présenter les formes de soutien qui permettent d'aider les élèves en difficulté, de décrire les approches prometteuses pour le travail avec les plus jeunes et de montrer des pistes pour faire intervenir au bon moment, durant les années sur lesquelles s'étend l'enseignement des langues, des impulsions et des mesures destinées à accroître la motivation de manière à ce que la courbe d'apprentissage reste ascendante. Il faudra tenir compte des formes d'évaluation (outils permettant d'évaluer les compétences des élèves) adaptées à l'âge des élèves et conformes à l'orientation didactique de l'enseignement.

Berne, le ....

Au nom de la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique

Le président:
Christoph Eymann

Le secrétaire général:
Hans Ambühl

EDK | CDIP | CDPE | CDEP |
Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique
Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione
Conferenza svizra dals directurs chantunals da l'educaziun publica

Beschluss Vorstand
7. Mai 2015

Empfehlungen zum Sprachenunterricht in der obligatorischen Schule: Eröffnung der Anhörung

Das Generalsekretariat berichtet:

1 In ihrer Stellungnahme vom 31. Oktober 2014 zum Sprachenunterricht hat die EDK in Aussicht gestellt, zusammen mit den Schulleiterverbänden und den Dachverbänden der Lehrerschaft Empfehlungen für eine erfolgreiche Umsetzung des Sprachenkonzepts in den Schulen zu erarbeiten.

2 Der Vorstand hat an seiner Sitzung vom 22. Januar 2015 beschlossen, die Empfehlungen – ergänzend zu denjenigen der CIIP – auf nationaler Ebene zu erarbeiten und das Generalsekretariat damit beauftragt, einen Entwurf vorzubereiten.

3 Im Rahmen der Erarbeitung fanden Gespräche mit Sprachdidaktikern sowie Vertreterinnen und Vertretern der Schuleiterverbände und der Dachverbände der Lehrerschaft statt.

Der Vorstand beschliesst:

1 Über den Entwurf für Empfehlungen zum Sprachenunterricht in der obligatorischen Schule wird eine Anhörung mit Frist bis am 29. August 2015 durchgeführt.

2 Eine Gruppe von Didaktikerinnen und Didaktikern aus allen Sprachregionen wird damit beauftragt, einen Bericht mit Beispielen der guten Praxis und einer wissenschaftlichen Aufbereitung von Fragestellungen im Zusammenhang mit dem schulischen Fremdsprachenlernen zu erstellen.

3 Die Koordinationsgruppe Sprachenunterricht (KOGS) ist beauftragt, diesen Prozess im Rahmen ihres Auftrags zu begleiten.

Hitzkirch, 7. Mai 2015

Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
Im Namen des Vorstandes:

sig.

Hans Ambühl
Generalsekretär

Anhang:
- Empfehlungen zum Sprachenunterricht in der obligatorischen Schule (Entwurf)

Zustellung an:
- Mitglieder der Konferenz
- Mitglieder der KOGS

Publikation auf der Webseite der EDK

820/21/2014 DC

Generalsekretariat | **Secrétariat général**
Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach, CH-3000 Bern 7 | T: +41 (0)31 309 51 11, F: +41 (0)31 309 51 50, www.edk.ch, edk@edk.ch

IDES Informationszentrum | Centre d'information | T: +41 (0)31 309 51 00, F: +41 (0)31 309 51 10, ides@edk.ch

EDK | CDIP | CDPE | CDEP |
Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique
Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione
Conferenza svizra dals directurs chantunals da l'educaziun publica

Décision du Comité
7 mai 2015

Recommandations pour l'enseignement des langues à l'école obligatoire : ouverture de la procédure d'audition

Considérations du Secrétariat général

1 Dans sa prise de position du 31 octobre 2014 concernant l'enseignement des langues, la CDIP s'est engagée à élaborer, avec les associations professionnelles des responsables d'établissement scolaire et des enseignants, des recommandations pour une mise en œuvre réussie de la conception de l'enseignement des langues dans les écoles.

2 Lors de sa séance du 22 janvier 2015, le Comité a décidé d'élaborer des recommandations au niveau national – en complément de celles de la CIIP – et a donné mandat au Secrétariat général de préparer un projet.

3 Dans ce contexte, des discussions ont eu lieu avec des didacticiens de langues et avec des représentants des associations professionnelles des responsables d'établissement scolaire et des enseignants.

Décision du Comité

1 La procédure d'audition sur le projet de recommandations relatives à l'enseignement des langues à l'école obligatoire est ouverte. Le délai pour la procédure d'audition est le 29 août 2015.

2 Un mandat est donné à un groupe de didacticiens issus de toutes les régions linguistiques. Ce groupe est chargé d'établir un rapport sur des exemples de bonne pratique en les reliant aux travaux scientifiques traitant de thématiques en rapport avec l'apprentissage scolaire des langues.

3 Le Groupe de coordination Enseignement des langues (COL) est chargé d'accompagner ce processus dans le cadre de son mandat.

Hitzkirch, le 7 mai 2015

Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique
Au nom du Comité:

sig.

Hans Ambühl
Secrétaire général

Generalsekretariat | **Secrétariat général**
Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach, CH-3000 Bern 7 | T: +41 (0)31 309 51 11, F: +41 (0)31 309 51 50, www.edk.ch, edk@edk.ch

IDES Informationszentrum | Centre d'information | T: +41 (0)31 309 51 00, F: +41 (0)31 309 51 10, ides@edk.ch

Annexe :
- Recommandations relatives à l'enseignement des langues à l'école obligatoire (projet)

Notification :
- Membres de la Conférence
- Membres du COL

Publication sur le site web de la CDIP

820/21/2014 DC

EDK | CDIP | CDPE | CDEP |
Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique
Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione
Conferenza svizra dals directurs chantunals da l'educaziun publica

Recommandations relatives à l'enseignement des langues à l'école obligatoire: procédure d'audition

Liste des destinataires de la procédure d'audition

- Toutes les directrices et tous les directeurs de l'instruction publique
- les secrétaires régionaux CDIP
- l'ensemble des institutions formant des enseignantes et enseignants (hautes écoles pédagogiques et universités)
- Syndicat des enseignants romands (SER)
- Association faîtière des enseignantes et des enseignants de Suisse (LCH)
- Berufsverband Schulleiterinnen und Schulleiter der deutschsprachigen Schweiz (VSLCH)
- Conférence Latine des Chefs d'Etablissement de la Scolarité Obligatoire (CLACESO)

27 mai 2015
820/21/2014 DC

Generalsekretariat | **Secrétariat général**
Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach 660, CH-3000 Bern 7 | T: +41 (0)31 309 51 11, F: +41 (0)31 309 51 50, www.edk.ch, edk@edk.ch

IDES Informationszentrum | Centre d'information | T: +41 (0)31 309 51 00, F: +41 (0)31 309 51 10, ides@edk.ch

EDK | CDIP | CDPE | CDEP |
Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique
Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione
Conferenza svizra dals directurs chantunals da l'educaziun publica

Empfehlungen zum Sprachenunterricht in der obligatorischen Schule: Anhörung

Liste der Anhörungsadressaten

- alle Erziehungsdirektorinnen/Erziehungsdirektoren
- Regionalsekretäre der EDK
- sämtliche Institutionen der Lehrerinnen- und Lehrerbildung (Pädagogische Hochschulen und Universitäten)
- Dachverband Schweizerischer Lehrerinnen und Lehrer LCH
- Syndicat des enseignants romands SER
- Berufsverband Schulleiterinnen und Schulleiter der deutschsprachigen Schweiz VSLCH
- Conférence Latine des Chefs d'Etablissement de la Scolarité Obligatoire CLACESO

27. Mai 2015
820/21/2014 DC

Generalsekretariat | **Secrétariat général**
Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach 660, CH-3000 Bern 7 | T: +41 (0)31 309 51 11, F: +41 (0)31 309 51 50, www.edk.ch, edk@edk.ch

IDES Informationszentrum | Centre d'information | T: +41 (0)31 309 51 00, F: +41 (0)31 309 51 10, ides@edk.ch

EDK | CDIP | CDPE | CDEP |
Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique
Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione
Conferenza svizra dals directurs chantunals da l'educaziun publica

EMPFEHLUNGEN: SPRACHENUNTERRICHT IN DER OBLIGATORISCHEN SCHULE

Bericht zu den Ergebnissen des Anhörungsverfahrens

8. April 2016

Generalsekretariat | **Secrétariat général**
Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach, CH-3000 Bern 7 | T: +41 (0)31 309 51 11, F: +41 (0)31 309 51 50, www.edk.ch, edk@edk.ch

IDES Informationszentrum | Centre d'information | T: +41 (0)31 309 51 00, F: +41 (0)31 309 51 10, ides@edk.ch

Inhalt

1 Zusammenfassung 3
1.1 Ausgangslage und Beteiligung 3
1.2 Übersicht über die eingegangenen Stellungnahmen zum Empfehlungsentwurf 3

2 Titel, Aufbau des Dokuments und allgemeine Bemerkungen 4

3 Teil I: Ausgangslage 4

4 Teil II: Arbeitsprogramm von 2004 umgesetzt – weitere Verbesserungen nötig 5
4.1 Reaktionen zur Einleitung zu Teil II und Formulierungsvorschläge 5
4.2 Nationale Bildungsziele und Evaluation des Sprachenunterrichts 5
4.3 Europäisches Sprachenportfolio 6
4.4 Grundausbildung der Lehrpersonen 6
4.5 Förderung von Austauschaktivitäten 6
4.6 Wissenschaftliches Kompetenzzentrum für Mehrsprachigkeit (KFM) 7
4.7 Fachdidaktik 8

5 Teil III: Erneuerung wichtiger Grundsätze der Sprachenstrategie von 2004 8
5.1 Unterstützung der Schülerinnen und Schüler, die aus einem anderen Kanton zuziehen 8
5.2 Unterstützung der Schülerinnen und Schüler, die Schwierigkeiten haben 8
5.3 Langfristige Förderung der Kompetenzen der Lehrpersonen 9
5.4 Übergang zwischen den Schulstufen 9
5.5 Europäisches Sprachenportfolio (ESP) 9

6 Teil IV: Ergänzende Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Sprachenunterrichts 10
6.1 Förderung der Kompetenzen der Lehrpersonen 11
6.2 Beitrag zur Unterrichtsqualität 13
6.3 Unterstützung des nationalen Lehrerinnen- und Lehreraustauschs 15

7 Teil V: Begleitung durch Beispiele der guten Praxis 15

8 Weitere Themen, die in den Stellungnahmen erwähnt werden 15

1 Zusammenfassung

1.1 Ausgangslage und Beteiligung

Am 25. März 2004 hat die EDK ihre Strategie und ihr Arbeitsprogramm für den Sprachenunterricht in der obligatorischen Schule veröffentlicht. Das Arbeitsprogramm ist darauf ausgerichtet, die Strategie zu unterstützen und Instrumente für deren Umsetzung bereitzustellen. Am 31. Oktober 2014 hat die EDK ihre Sprachenstrategie in einer Stellungnahme bestätigt, in der festgehalten wird, dass die Harmonisierung auf gutem Weg ist. Wie in ihrer Stellungnahme von 2014 vorgesehen, hat die EDK 2015 einen Entwurf für Empfehlungen erarbeitet. Darin werden jene Aspekte des Arbeitsprogramms hervorgehoben, bei denen Handlungsbedarf besteht, und Bedingungen festgehalten, um eine Verbesserung des Sprachenunterrichts zu ermöglichen.
Vom 26. Mai bis 30. September 2015 wurde der Entwurf für die Empfehlungen zum Sprachenunterricht in der obligatorischen Schule einer Anhörung unterzogen.

Im Rahmen dieses Anhörungsverfahrens sind 36 Stellungnahmen der folgenden Kantone, Institutionen und Organisationen eingegangen:

- 20 Kantone: AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE, SG, SH, SO, TI, TG, VS, ZH;
- die Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz (BKZ: LU, NW, OW, SZ, UR, ZG);
- die Kantone der Passepartout-Region (BE, BL, BS, FR, SO, VS) haben auch eine gemeinsame Stellungnahme aus Sicht des Projekts Passepartout (PP) eingereicht;
- 7 Ausbildungsinstitutionen: PH Bern, PH Luzern, PHSZ, PHTG, PHVS, PHZH, PH Zug;
- swissuniversities (swu);
- der Verband Schulleiterinnen und Schulleiter Schweiz (VSLCH) und die Conférence latine des chefs d'établissement de la scolarité obligatoire (CLACESO);
- der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) und das Syndicat des enseignants romands (SER);
- der Schweizerische Verband des Personals öffentlicher Dienste (vpod ssp) und die InteressenGemeinschaft Erstsprachen (IG E!).

1.2 Übersicht über die eingegangenen Stellungnahmen zum Empfehlungsentwurf

Der Erarbeitung von Empfehlungen zum Sprachenunterricht in der obligatorischen Schule wird in 35 der 36 Stellungnahmen zugestimmt. Einzig die BKZ ist der Auffassung, es seien keine neuen Empfehlungen notwendig, da die Strategie der EDK von 2004 im Jahr 2014 bestätigt worden sei.
Die meisten Empfehlungen werden von zahlreichen Teilnehmenden begrüsst (Kapitel 6, Teil IV des Entwurfs). Es werden einzig Präzisierungen oder Umformulierungen gewünscht. Zwei Punkte haben allerdings gemischte Reaktionen ausgelöst: das Europäische Sprachenportfolio (ESP) und die Sprachkompetenzniveaus in der Ausbildung.
Das Engagement, von dem die Empfehlungen geprägt sind, sowie die damit angestrebten Ziele zur Harmonisierung und zur Optimierung des Sprachenunterrichts werden gewürdigt.
Drei Kantone erachten die Relevanz der neuen Empfehlungen als fraglich: AG stellt die Wirkung von Empfehlungen, die als solche nicht verbindlich sind, in Frage. AI erachtet es nicht als sinnvoll, den Sprachenunterricht zu vereinheitlichen, da eine interkantonale Annäherung der Ziele angestrebt wird. GE bezweifelt, dass die Empfehlungen in der derzeitigen Diskussion über den Sprachenunterricht Wirkung zeigen werden.

Die Konsolidierung und Konkretisierung der Strategie von 2004 stossen auf breite Zustimmung. Am meisten diskutiert wird der Teil «Arbeitsprogramm von 2004 umgesetzt – weitere Verbesserungen nötig»: Die Einführung des ESP wird nicht als abgeschlossen erachtet. Die Sprachkompetenzniveaus, die zu Beginn und am Ende der Lehrerinnen- und Lehrerbildung angestrebt werden, sind umstritten. Zahlreiche Anhörungsteilnehmende wünschen eine relativ weitgehende Richtungsänderung, was den Aufbau eines nationalen Kompetenzzentrums für Mehrsprachigkeit und die Förderung von Austauschaktivitäten betrifft. Die Teilnehmenden äussern sich insgesamt positiv über die nationalen Bildungsziele und die Evaluation des

Sprachenunterrichts durch die Überprüfung der erreichten Grundkompetenzen sowie die Förderung der Fachdidaktik.

Auch die Reaktionen auf den Teil «Erneuerung wichtiger Grundsätze der Sprachenstrategie von 2004» gehen tendenziell in dieselbe Richtung. Das ESP, dass oft als schwer handhabbar beurteilt wird, sollte überarbeitet oder es sollte generell darauf verzichtet werden; andererseits spricht sich ein Teil der Befragten auch dafür aus, dass es in den Schulklassen verbindlich eingesetzt werden sollte. Die Sprachaufenthalte für Lehrpersonen werden begrüsst. Einzig ihre Organisation und ihre Finanzierung werfen Fragen auf. Die Unterstützung der Schülerinnen und Schüler, die aus einem anderen Kanton zuziehen oder Schwierigkeiten im Fremdsprachenunterricht haben, sowie die Ausführungen zum Übergang zwischen den Stufen werden allgemein positiv aufgenommen.

Die «Ergänzenden Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Sprachenunterrichts» lösen generell weniger Reaktionen aus und werden weitgehend gutgeheissen. Einzig auf die Fragen der Sprachkompetenzniveaus und der Förderung der Landessprachen in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung wird näher eingegangen und die Antworten fallen heterogener aus. Im Übrigen stossen die Empfehlungen insgesamt auf hohe Akzeptanz. Allerdings wird auf den Mangel an Mitteln für die Durchführung der Massnahmen hingewiesen, vor allem im finanzieller Hinsicht. Allgemein werden konkretere Empfehlungen gewünscht.

Die von der EDK vorgeschlagenen Beispiele der guten Praxis, welche die Kantone bei der Umsetzung der Empfehlungen hinzuziehen können, stossen auf breite Zustimmung.

2 Titel, Aufbau des Dokuments und allgemeine Bemerkungen

Die eingegangenen Stellungnahmen zeigen, dass der Titel und der Aufbau des Dokuments nicht angemessen sind..
So sind im Zusammenhang mit den Kapiteln «Arbeitsprogramm von 2004 umgesetzt – weitere Verbesserungen nötig» und «Erneuerung wichtiger Grundsätze der Sprachenstrategie von 2004» zahlreiche Vorschläge für Massnahmen zur Umsetzung der Strategie eingegangen (BKZ, PP, AG, AI, AR, BE, BL, BS, GE, GL, GR, LU, NE, SG, SO, TG, VS, ZH seitens der Kantone). Die Ausführungen zum Wissenschaftlichen Kompetenzzentrum für Mehrsprachigkeit (KFM) und zur Förderung der Austauschaktivitäten für die Schülerinnen und Schüler haben beispielsweise Bemerkungen zur Umsetzung ausgelöst, obwohl der Anhörungsentwurf keine Empfehlungen zu diesen Punkten enthielt (vgl. Ziffern 4.5 und 4.6).

Zwei Kantone würden eine Änderung des Titels zu «*Fremdsprachenunterricht in der obligatorischen Schule*» bevorzugen (LU, TG, bestätigt durch PH Luzern, PHSZ, swu). Drei Kantone wünschen, dass die Schulsprache, die Erstsprachen der fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler und/oder das Italienische in den Empfehlungen berücksichtigt werden (NE, TI, ZH sowie PH Bern, PH Luzern, PHSZ, swu, vpod, IG E!).
AI wünscht eine Berücksichtigung des Standpunkts der Lehrpersonen und eine stärkere Ausrichtung der Empfehlungen auf die praktische Umsetzung.
Das SER und der LCH verlangen Finanzmittel und verbindliche konkrete Massnahmen; andernfalls müssten die Ziele des Sprachenunterrichts nach unten korrigiert werden. Zudem müssten ihrer Ansicht nach der Stellenwert und die Funktion der zweiten Landessprache deutlicher aufgezeigt werden.

3 Teil I: Ausgangslage

Die im Entwurf aufgezeigte Perspektive stösst zwar auf Akzeptanz, doch zeigt die Anhörung, dass eine Umformulierung der Ziele der Sprachenstrategie und des zeitlichen Ablaufs gewünscht wird.
So hält PP fest, die Sprachenstrategie stehe auch im Dienst einer qualitativen Verbesserung des Sprachenunterrichts und der Mehrsprachigkeitsdidaktik; diese Bemerkung wird in den Stellungnahmen von BL

und BS übernommen (PP, BL, BS). Es werden mehrere Alternativformulierungen vorgeschlagen, um diesen Passus zu ergänzen:

> *«Die Sprachenstrategie steht auch im Dienst der Verständigung zwischen den Sprachregionen.»* (BKZ, BE, GR, ZH)
>
> *«Die Sprachenstrategie steht im Dienst der Verständigung zwischen den Sprachregionen und der Förderung der Mehrsprachigkeit. Die Weiterentwicklung und Verbesserung des Sprachunterrichts mit einer Didaktik, welche die Mehrsprachigkeit in den Lernprozess einbezieht, unterstützt das Erlernen mehrerer Fremdsprachen.»* (SO)

TG weist darauf hin, dass der zeitliche Ablauf überarbeitet werden müsse, da die Sprachenstrategie (2004) vor Artikel 62 Absatz 4 der Bundesverfassung (2006) verabschiedet worden sei.
Aus Sicht von ZH sollte die Umsetzung des Modells 3/5 (HarmoS 5/7) nicht nur weitergeführt, sondern vor allem auch evaluiert werden. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen empfiehlt TG diesbezüglich eine zurückhaltendere Formulierung.
Das SER und der LCH halten fest, dass die Harmonisierung nicht realisiert sei.

4 Teil II: Arbeitsprogramm von 2004 umgesetzt – weitere Verbesserungen nötig

Grundsätzlich stimmen die Kantone der Notwendigkeit zu, dass weitere Verbesserungen vorzunehmen sind, um das Arbeitsprogramm von 2004 umzusetzen. Viele von ihnen bringen genauere Angaben zum derzeitigen Stand des Sprachenunterrichts in den Schulen ein und wünschen eine Änderung des Entwurfstextes, um eine etwaige Diskrepanz zwischen den Instrumenten und deren Nutzung besser zum Ausdruck zu bringen.

4.1 Reaktionen zur Einleitung von Teil II und Formulierungsvorschläge

Sechs Kantone, die BKZ und PP weisen darauf hin, dass die Entwicklung und Einführung der Instrumente noch nicht abgeschlossen seien (GR), wie im Fall des ESP (BKZ, PP, BE, BL, SO, ZH) oder eines vereinheitlichten Sprachkompetenzniveaus der künftigen Lehrpersonen an den PH (AR).
Es werden die folgenden Formulierungen vorgeschlagen:

> *«(...), deren Entwicklung und Einführung fortgeschritten und zum Teil abgeschlossen ist. Evaluationen und Verbesserungen bei den Instrumenten und ihrer Nutzung sind wie folgt erforderlich:»* (BL)
>
> *«deren Entwicklung und Einführung weitgehend abgeschlossen ist.»* (BE)

4.2 Nationale Bildungsziele und Evaluation des Sprachenunterrichts

Die Evaluation des Sprachenunterrichts wird von allen Kantonen und den anderen Anhörungsteilnehmenden befürwortet. Ein Kanton ist der Ansicht, dass die Evaluation des Sprachenunterrichts ohne Verpflichtung für die Kantone durchgeführt werden sollte (VS).
PP und GE wünschen, dass die Modalitäten der Evaluation genauer festgelegt werden:

- Evaluationen werden in den Jahren 2017 und 2020 für die Primarstufe bzw. die Sekundarstufe I in den Kantonen des Projekts Passepartout durchgeführt (PP, BL vertritt auch diesen Standpunkt);
- Eine Evaluation der Schulsprache wird durchgeführt (GE).

Nach Auffassung von ZH sollte eine Empfehlung an die Kantone in Betracht gezogen werden, umfangreichere Evaluationen durchzuführen.
Zur Umsetzung wurden folgende Bemerkungen angebracht:

- Die Evaluationen müssen klären, ob die Kompetenzen am Ende der Sekundarstufe I tatsächlich vergleichbar sind, obwohl die Sprachen in unterschiedlicher Reihenfolge eingeführt werden (AG, BL);

- Die Evaluationen müssen sich auch auf den mündlichen Ausdruck beziehen (AG, PH Bern, swu);
- Die Evaluationen müssen die Lehrpläne berücksichtigen (PH Bern, swu);
- Der Unterricht in den Landessprachen muss für alle obligatorisch sein, damit die Evaluationen vergleichbar sind (LCH, SER);
- Die Stichproben müssen anonymisiert werden (vpod ssp).

Die PH Luzern weist auf die Evaluation des Sprachenunterrichts hin, die kürzlich von der BKZ durchgeführt wurde und deren Ergebnisse genutzt werden sollten, um den Sprachenunterricht zu verbessern.

4.3 Europäisches Sprachenportfolio

Zum Abschnitt über das ESP wurden zahlreiche Äusserungen eingebracht, die sich auf den Status des ESP in den Kantonen und die notwendigen Massnahmen beziehen. Diese Standpunkte sind unter Ziffer 5.5 weiter unten zusammengestellt.
Zum Kapitel «Arbeitsprogramm von 2004 umgesetzt – weitere Verbesserungen nötig» halten BS und ZH fest, dass dieser Abschnitt einer konkreteren Formulierung bedarf.
Es werden folgende Formulierungen vorgeschlagen:

> *«Wo mit den Europäischen Sprachenportfolios gearbeitet werden soll, sind Anstrengungen nötig, diese in eine unterrichtstaugliche, für die prozessbezogene Lernbegleitung nutzbare Form zu bringen.» (AG)*
>
> *«Des efforts supplémentaires s'avèrent toutefois nécessaires pour que les portfolios soient effectivement utilisés et deviennent effectivement des outils d'auto-évaluation des élèves.» (GE)*
>
> *«Diese Instrumente liegen in drei Versionen vor. Es bedarf weiterer Anstrengungen und einer dem heutigen Stand des Fremdsprachenunterrichts entsprechenden Weiterentwicklung dieses Instrumentes, um den Einsatz im Unterricht zu verbessern.»* (SO)

4.4 Grundausbildung der Lehrpersonen

Sechs Kantone und die BKZ betonen, dass die angegebenen Niveaus nicht überall verlangt oder erreicht werden (BKZ, BE, FR, GE, GR, LU, TG, bestätigt auch von PH Bern, PH Luzern, PHTG, PHVS). VS hält fest, dass das Niveau B2 am Ende der Sekundarstufe II nicht vorgeschrieben werden kann (dieser Standpunkt wird von der PHVS unterstützt).

4.5 Förderung von Austauschaktivitäten

Die Anhörungsantworten beziehen sich vor allem auf den Schüler- und Klassenaustausch; der Nutzen dieser Austauschaktivitäten wird einstimmig anerkannt. Nur NE geht explizit auf den Austausch für die Lehrpersonen im Verlauf ihrer Berufslaufbahn ein.

Zwölf Kantone und die BKZ stimmen der Förderung von Austauschaktivitäten ausdrücklich zu (BKZ, AG, AI, GE, GL, GR, LU, NE, SG, SO, TG, VS, ZH, LCH, SER, swu, PH Bern, PH Luzern, PHSZ, PHTG, PHVS), sind jedoch teilweise der Auffassung, die Formulierung sei zu allgemein gehalten (GE, ZH). Neun Kantone, die BKZ und PP verlangen, dass auch andere Austauschformen gefördert werden, die weniger Ressourcen erfordern (BKZ, PP, AG, BL, BS, BE, GL, GR, SO, TG, ZH sowie LCH, SER, swu, PH Bern, PHSZ). Dabei handelt es sich beispielsweise um SchulreisePLUS, zwei- oder dreitägige Aufenthalte, Austausch mittels Briefen oder über E-Mail, Sommer- oder Skilager, Projektwochen, Museumsbesuche, Austausch unter Partnerklassen, Einladung von ausländischen Gästen in den Unterricht. Drei Kantone wünschen, dass das Tätigkeitsfeld auf die Lehrerinnen- und Lehrerbildung ausgedehnt wird (AG, NE, TG sowie PH Bern, PH Luzern).

In Bezug auf die Umsetzung der Austauschaktivitäten gehen die Positionen hingegen stärker auseinander. Sechs Kantone und die BKZ wünschen, dass die Zuständigkeitsbereiche genauer umschrieben werden (BKZ, AG, BE, BS, GR, TG, ZH). Drei Kantone und die BKZ würden sich eine bessere Unterstützung der Kantone durch die *ch* Stiftung wünschen (BKZ, NE, SG, ZH). Zwei Kantone betonen, eine Politik zur För-

derung der Austauschaktivitäten müsse mit einer entsprechenden Finanzierung einhergehen, beispielsweise durch den Bund (FR, ZH sowie LCH, SER, swu, PH Luzern). Aus Sicht der PH Luzern und von swu sind auch angemessene Unterstützungsstrukturen notwendig. Die PH Bern und die PH Luzern begrüssen die Verteilung der Zuständigkeiten auf alle Akteure.

Im Hinblick auf die konkrete Umsetzung weist FR darauf hin, dass grosse organisatorische Schwierigkeiten fortbestehen würden, solange das Alter für die Einführung der Landessprachen nicht harmonisiert sei. Die PH Bern schlägt Informationskampagnen für die Schulleitungen, Lehrmaterial sowie zusätzliche Zeitgefässe für die organisierenden Personen vor.

Im Hinblick auf den Lehrerinnen- und Lehreraustausch spricht sich NE für die Entwicklung einer Software aus, mit der die Lehrpersonen ihre Wünsche erfassen und konkrete Vorschläge erhalten könnten.

4.6 Wissenschaftliches Kompetenzzentrum für Mehrsprachigkeit (KFM)

Aus der Anhörung geht hervor, dass sich die Kantone wünschen, die Forschungsarbeiten des KFM besser für die Weiterentwicklung des Sprachenunterrichts nutzen zu können:
In Bezug auf die Auswahl der Forschungsthemen würden sich sieben Kantone und PP Themen mit stärkerer Praxisrelevanz wünschen, die vermehrt auf den Sprachenunterricht in der Schule, die Didaktik und die Pädagogik ausgerichtet sind (PP, AG, AI, BL, BS, GR, LU, SO, PH Bern). GE spricht sich für Studien aus, mit denen die Vor- oder Nachteile des Modells 3/5 (HarmoS 5/7) sowie die notwendigen Voraussetzungen für die Umsetzung der mehrsprachigen Ansätze untersucht werden.

In Bezug auf die Verbreitung der Ergebnisse sprechen sich drei Kantone, die BKZ und PP für eine aktivere und angemessenere Kommunikation der Forschungsresultate aus (BKZ, PP, BS, LU, ZH). Fünf Kantone, die BKZ und PP betonen, dass die Forschungsresultate in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung (BKZ, PP, BS, GR, SO, swu, PH Luzern) und in den Schulen (BKZ, PP, AG, BS, GR, ZH, swu, PH Luzern) genutzt werden sollten, was unter Umständen eine angemessene Aufbereitung und Präsentation der Ergebnisse durch das KFM erfordert.
Wie die vorgeschlagenen Formulierungen zeigen, gehen die Ansichten bezüglich der Verteilung der Rollen und Zuständigkeiten zwischen dem KFM, der EDK / den Kantonen auseinander:

> *«Das Kompetenzzentrum sollte künftig gezielter für die Weiterentwicklung und Verbesserung des schulischen Sprachenlernens genutzt werden. Die EDK hilft mit, dass die Projektergebnisse bekannt gemacht und für die Nutzung in der Aus- und Weiterbildung aufbereitet werden.»* (SO)

> «*Das Kompetenzzentrum sollte künftig gezielter für die Weiterentwicklung und Verbesserung des schulischen Sprachenlernens genutzt werden können. Insbesondere soll die Nutzung der Ergebnisse in der Aus- und Weiterbildung sowie in den Schulen gezielter gefördert werden. Hierfür müssen auch die notwendigen Finanzen bereitgestellt werden*.» (BE)

Schliesslich würden sich drei Kantone wünschen, dass das KFM aktiver mit den PH zusammenarbeitet (TG, VS, ZH). Dies wird auch von zahlreichen Ausbildungsinstitutionen unterstützt (PH Bern, PH Zug, PHTG, PHZH sowie swu). Aus Sicht der BKZ ist die Positionierung des KFM gegenüber den PH nicht klar. Der LCH und das SER würden eine Zusammenarbeit zwischen den Kantonen und den PH als positiv erachten.

AG begrüsst die Mehrsprachigkeitsperspektive. ZH erachtet es als sinnvoll, eine Empfehlung dazu zu formulieren, und SG stimmt dem Textentwurf zu. LU hingegen bezweifelt den Nutzen der wissenschaftlichen Forschung oder des KFM für die Praxis (dieser Standpunkt wird vom LCH und vom SER bestätigt).

4.7 Fachdidaktik

Die Unterstützung der EDK für die Fachdidaktik wird einstimmig befürwortet. Sechs Stellungnahmen schliessen sich dem diesbezüglichen Abschnitt uneingeschränkt an (LU, PH Bern, PHTG, LCH, SER,

swu). Ein Kanton und drei weitere Anhörungsteilnehmende erwähnen die Gründung eines Fachdidaktikzentrums: VS lehnt ein solches Zentrum ab, weil damit die Gefahr einer Zentralisierung der Ausbildungen bestehen würde. Der LCH, das SER und die PH Bern befürworten hingegen die Schaffung eines wissenschaftlichen Zentrums für Didaktik.

5 Teil III: Erneuerung wichtiger Grundsätze der Sprachenstrategie von 2004

Aus der Anhörung geht hervor, dass die Kontinuität, welche zwischen der Sprachenstrategie von 2004 und dem vorliegenden Entwurf besteht, generell begrüsst wird. Bestimmte Ausrichtungen sollten jedoch unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklungen überarbeitet werden (vgl. Ziffer 5.3 und 5.5). Fünf Kantone stimmen Teil III des Empfehlungsentwurfs gesamthaft zu (JU, NE, SG, SH, TI sowie PH Zug). Demgegenüber sind die sechs Kantone der BKZ der Auffassung, dass dieser Teil gestrichen werden sollte, da die Sprachenstrategie von 2004 weiterhin ihre Gültigkeit bewahre. Eine andere Möglichkeit bestehe gemäss der BKZ darin, Empfehlungen zu formulieren, die mit der Strategie von 2004 kohärent seien. Aus Sicht von GE handelt es sich bei den Punkten, die in diesem Teil behandelt werden, nicht um wichtige Grundsätze.

SH unterstützt zwar diesen Teil des Entwurfs, hält jedoch fest, dass sichergestellt werden sollte, dass die unternommenen Anstrengungen direkt dem Sprachenunterricht in den Klassen dienten. GR erachtet es als notwendig, im Kapitel zur Erneuerung der Grundsätze der Sprachenstrategie von 2004 auch das Erlernen einer dritten Landessprache und namentlich des Italienischen auszuführen.
Auch das SER und der LCH begrüssen die Erneuerung der Strategie, unter der Voraussetzung, dass die erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.

5.1 Unterstützung der Schülerinnen und Schüler, die aus einem anderen Kanton zuziehen

Alle Anhörungsteilnehmende befürworten die Unterstützung der Schülerinnen und Schüler, die aus einem anderen Kanton stammen.
Zehn Kantone und die BKZ stellen sich ausdrücklich hinter diesen Grundsatz (BKZ, AG, AI, AR, BL, JU, LU, NE, SG, SH, SO sowie swu, PH Bern, PH Luzern, PHTG, PHZH). Drei Kantone sprechen sich für eine Formulierung aus, mit der auch die Schülerinnen und Schüler aus anderen Ländern berücksichtigt werden können (BE, BS, ZH). Der LCH und das SER verlangen, dass die Finanzierung der Massnahmen geklärt wird.
Gemäss ZH unterstützen moderne Fremdsprachenlehrmittel die Schülerinnen und Schüler aus anderen Herkunftskantonen zudem durch ihren zyklischen Kompetenzaufbau und die Einführung von Lernstrategien, durch Mehrsprachigkeitsdidaktik und Binnendifferenzierung. Der LCH und das SER sind der Ansicht, unzureichende Sprachkompetenzen der betreffenden Schülerinnen und Schüler dürften weder die Promotion noch den Stufenübertritt beeinflussen.

5.2 Unterstützung der Schülerinnen und Schüler, die Schwierigkeiten haben, dem Sprachunterricht zu folgen

Der Grundsatz wird einstimmig gutgeheissen. Eine explizitere Formulierung zum angestrebten Zweck würde begrüsst:

> «*statt vorschnell zu Dispensationsmassnahmen zu greifen*» oder «*um Dispensationsmassnahmen in der Regel auszuschliessen*» (BKZ, PP, AG, BE, BL, GL, GR, ZH sowie swu, PH Bern)
>
> «*um die Freude an der Sprache zu wecken*» (GL)

Ein Kanton und zwei andere Anhörungsteilnehmende wünschen, dass weitere Kategorien von Schülerinnen und Schülern von spezifischen Massnahmen profitieren können: jene, die keine Landessprache beherrschen (BS), und jene mit sehr guten Leistungen in der Zielsprache (PH Bern, swu). ZH macht darauf

aufmerksam, dass die Lehrmittel bereits differenziertes Material enthalten. Vier Anhörungsteilnehmende weisen darauf hin, dass es notwendig wäre, schulische Heilpädagoginnen und Heilpädagogen in den Besonderheiten des Sprachenunterrichts auszubilden (LCH, SER, swu, PH Bern).
Aus Sicht des LCH und des SER lassen sich massive Dispensationen von Schülerinnen und Schülern in einem von Budgeteinschränkungen geprägten Umfeld nur durch eine Herabsetzung der Lernziele verhindern.

5.3 Langfristige Förderung der Sprachkompetenzen von Lehrpersonen

Der Grundsatz stösst auf breite Unterstützung, doch es werden auch Vorbehalte oder gar Oppositionen geäussert.
13 Kantone unterstützen diesen Grundsatz in Bezug auf die Weiterbildung und Austauschaktivitäten (AG, AI, BE, BL, BS, JU, LU, NE, SG, SH, SO, TI sowie PH Luzern, PHTG, PHZH) oder nur in Bezug auf Austauschaktivitäten (VS).
BE schlägt vor, die Formulierung zu verstärken:

> *«sich einsetzen»* statt *«fördern»* (BE)

Drei Kantone stimmen dem Grundsatz zu, stellen sich jedoch Fragen zur Finanzierung der Massnahme und zu einer allfälligen finanziellen Unterstützung durch den Bund (AR, FR, ZH sowie SER, LCH). GL und GR erachten regelmässige Sprachaufenthalte als nicht realisierbar (GL, GR). TG ist der Ansicht, eine Umsetzung in diesem Detaillierungsgrad sei nicht Sache des Kantons, sondern der Ausbildungsinstitutionen. Im Hinblick auf die konkrete Umsetzung spricht sich NE für die Entwicklung einer Software aus, mit der die Lehrpersonen ihre Wünsche erfassen und spezifische Vorschläge erhalten könnten.

5.4 Übergang zwischen den Schulstufen

Der Grundsatz wird einstimmig gutgeheissen. Nach Ansicht von neun Kantonen, der BKZ und der PP-Kantone sollte auch der Übergang zwischen der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II hinzugefügt werden (BKZ, PP, AG, BE, BL, BS, GE, GL, GR, SO, ZH sowie PH Bern, PHSZ).
BL und PP äussern den Wunsch, dass die Sprachenstrategie für die Sekundarstufe II vom Oktober 2013 erwähnt wird.
Auf das Alter der Kinder abgestimmte Lehrmittel, die einen kohärenten Übergang zwischen den Schulstufen gewährleisten, liegen bereits vor oder werden zurzeit erarbeitet; somit geht es vor allem darum, diese Lehrmittel unter Berücksichtigung der Forschungsresultate im Bereich der Fremdsprachendidaktik anzupassen (BKZ, PHZH). Die Formulierung sollte zudem nicht den Eindruck erwecken, dass noch keine derartigen Lehrmittel eingesetzt werden (BKZ).
Die Umsetzung dieses Grundsatzes erfolgt auch über die verstärkten Beachtung von Kohärenz zwischen den Stufen in der Grundausbildung und/oder Weiterbildung (PP, AG, BL, ZH) sowie durch die stufenübergreifende Zusammenarbeit (SO, PHSZ, PH Zug) entsprechend der folgenden Formulierung:

> «*... der Primarstufe in die Sekundarstufe I und in die Sekundarstufe II gewährleisten. Grundsätzlich ist stufenübergreifende Arbeit nötig, damit die vertikale Kohärenz über alle Bildungsstufen hinweg realisiert werden kann.*» (SO)

Aus Sicht des SER und des LCH sind die am Alter der Kinder ausgerichteten didaktischen Ansätze nicht mit dem Notendruck vereinbar.

5.5 Europäisches Sprachenportfolio (ESP)

Die Anhörung zeigt, dass sich das ESP in der Praxis zwar nicht durchgesetzt hat, dass die neuen Lehrmittel aber gewisse Elemente des ESP enthalten. Eine Analyse und Anpassung des ESP werden gewünscht.

Vier Kantone unterstützen den Vorschlag (JU, NE, SH, TI sowie PH Bern, PHTG, PHZH). Demgegenüber sind drei Kantone der Ansicht, dass zum ESP weder eine Empfehlung abgegeben werden sollte (AG, AI, LU), noch sollte es als «Grundsatz» erhoben werden (AG). Die BKZ ist der Ansicht, dass das ESP überarbeitet werden müsse oder es dürfe keine Empfehlung abgegeben werden (BKZ). Im Thurgau, wo das ESP

obligatorisch ist, wird dessen verbindlichen Charakter im Rahmen der Erarbeitung des neuen Sprachenkonzepts überprüft (TG).
FR und GE verlangen, dass präzisiert wird, um welche «verschiedenen Versionen» des ESP es sich handelt. BS würde sich wünschen, dass die Gründe angeführt werden, aus denen das ESP empfohlen wird.

Die BKZ und ZH (sowie PH Bern, PHSZ, PHTG, swu) erachten die Qualität und den Nutzen des ESP als unbestritten. Aus Sicht von AG ist das ESP als standardisiertes Vergleichsraster hilfreich (AG).
Es wird darauf hingewiesen, dass das ESP nicht überall obligatorisch sei (AG, PH Bern) und dass es trotz der Anstrengungen, die in den letzten Jahren zu seiner Förderung unternommen wurden, selbst in den Kantonen, in denen es obligatorisch ist, in der Praxis nicht systematisch verwendet werde (AG, SO, TG, ZH, PH Luzern, PHSZ, PHTG). Dafür werden drei Gründe angeführt: die Aufnahme von Elementen des ESP in den neuen Lehrmitteln (PP, BL, BS, BE, FR, GE, GL, GR, SO, swu, PH Bern, PHSZ), die Tatsache, dass das ESP nicht mehr auf das Alter der Schülerinnen und Schüler abgestimmt ist (BE, GR, SO), sowie eine Zurückhaltung seitens der Lehrpersonen, die noch unzureichend geklärt ist.
Folglich sollte eine Analyse durchgeführt werden, um abzuklären, wie sich die Verwendung des ESP allgemein durchsetzen lässt (BKZ, ZH, PH Luzern, PHSZ, PHTG), um zu prüfen, ob es noch in den Unterricht einbezogen werden kann (SG) und um seine Aufnahme in die Lehrmittel zu untersuchen (PP, BL, BS, BE, GR, SO, PHTG). AI spricht sich für einen Verzicht auf das ESP aus. Die BKZ wirft die Frage auf, ob es nicht angemessen wäre, sich Gedanken über neue Investitionen zu machen, falls sich die Praxis nicht rasch ändern sollte. Aus Sicht von LU sollte sichergestellt werden, dass das ESP auf die Praxis abgestimmt ist, bevor seine Verwendung weiter gefördert wird. TG bleibt bezüglich der Ergebnisse weiterer Anstrengungen skeptisch. Das SER und der LCH sind der Meinung, das ESP lasse sich nicht zusätzlich zu den bestehenden Benotungssystemen durchsetzen, es würde jedoch die Möglichkeit bieten, demotivierende summative Beurteilungen durch formative Beurteilungen zu ersetzen.
NE hingegen stellt sich auf den Standpunkt, dass die Verwendung der ESP I und III allgemein eingeführt werden sollte, und VS befürwortet es, dessen Einsatz zu fördern, solange für die Kantone keine Verpflichtung besteht.

Zwölf Kantone, die BKZ und PP sprechen sich für eine Anpassung und Weiterentwicklung des ESP aus (BKZ, PP, AG, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, NE, SO, TG, ZH sowie PH Luzern, PHSZ, PHTG), zum Beispiel:

- sich vor allem an das ESP II halten (BKZ);
- eine digitale Version entwickeln (BKZ, FR, NE, SO, TG, ZH);
- das ESP vereinfachen und mit den Lehrmitteln verknüpfen (FR, GE, GL, PHSZ) auf der Basis einer entsprechenden Analyse (PP, BL, BS, BE, GR, SO);
- die Lehrmittel können bis zu einem gewissen Grad als Alternative zum ESP betrachtet werden (SG, swu, PH Bern), das jedoch ebenfalls beibehalten werden sollte (swu);
- das ESP auf das Alter der Schülerinnen und Schüler abstimmen (SO).

Um die Verwendung des ESP sicherzustellen, werden weitere Lösungen in Betracht gezogen: Portfolios in anderen Fächern einführen (PH Luzern) und auf eine zwischen allen Fächern abgestimmte Beurteilung hinarbeiten (SER und LCH).

6 Teil IV: Ergänzende Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Sprachenunterrichts

Die Empfehlungen werden positiv aufgenommen und die Reaktionen beziehen sich hauptsächlich auf die konkreten Massnahmen und die Umsetzungsbedingungen oder auf die gewählten Formulierungen. Nur in einigen Punkten gehen die Ansichten auseinander: Eine Vereinheitlichung der Sprachkompetenzniveaus und die Einführung von Massnahmen zur Förderung der Landessprachen in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung werden zwar gutgeheissen, doch die Modalitäten und Massnahmen sind umstritten. Zudem schei-

nen nicht alle Anhörungsteilnehmenden die Bereitstellung von Materialen zur Beurteilung der Leistung von Schülerinnen und Schülern als notwendig zu erachten.

Drei Kantone unterstützen die Empfehlungen gesamthaft (SG, SH, TI sowie PHZH). AI spricht sich für konkretere Vorschläge aus.
Das SER und der LCH betonen, dass die Ziele für die zweite Landessprache und für Englisch unterschieden werden müssen: Die zweite Landessprache sollte weder benotet noch für die Selektion herangezogen werden. Mit dem Erlernen dieser Sprache werde vor allem die Entwicklung von kommunikativen Fertigkeiten und von Wissen über die Kultur angestrebt.

6.1 Förderung der Sprachkompetenzen von Lehrpersonen

Sechs Kantone, die BKZ und PP weisen darauf hin, dass diese Empfehlung sowohl die Grundausbildung als auch die Weiterbildung betreffe, und bevorzugen folgende Formulierung:

> *«Den Kantonen wird empfohlen, die Sprachkompetenzen der Lehrpersonen in der Aus- und Weiterbildung zu fördern (...)»* (BKZ, PP, BE, BL, BS, GL, GR, SO, PHZH)

<u>1. Punkt: Kompetenzniveaus</u>
In der Lehrerinnen- und Lehrerbildung konnte bisher kein einheitliches Sprachkompetenzniveau vereinbart werden. Die Einführung der berufsspezifischen Kompetenzprofile stösst dagegen auf breite Zustimmung.

Vier Kantone stimmen der Empfehlung zu, ohne weitere Bemerkungen anzubringen (NE, SG, SH, TI sowie PHSZ, PH Zug, PHZH). GE und FR weisen erneut darauf hin, dass die Formulierung «die von den Ausbildungsinstitutionen bereits angewandte Praxis» relativiert werden müsse (Ziffer 4.4).

Sprachkompetenzniveau bei Eintritt in die Ausbildungsinstitutionen: TG würde eine Harmonisierung des Niveaus bei Eintritt in die Ausbildung begrüssen. GE hält fest, dass das Niveau B2 auch dem Niveau der Fachmaturität «Pädagogik» entspreche. Aus Sicht von GR sollte vor Eintritt in die Ausbildung ein Beurteilungsinstrument eingesetzt werden. Die PH Bern und swu sind der Ansicht, dass die Studierenden zu Beginn der Ausbildung ein Niveau B2 nachweisen sollten.

Sprachkompetenzniveau am Ende der Ausbildung: Fünf Kantone und die sechs Kantone der BKZ sprechen sich für die Beibehaltung der Niveaus C1 (Primarstufe) und C2 (Sekundarstufe I) oder C1* beziehungsweise C2* aus (BKZ, AG, BL, BS, SO, ZH sowie swu, PH Bern, PH Luzern, PHSZ, PH Zug, PHTG); die Niveaus C1* und C2* sind auf die internationalen Zertifikate ausgerichtet und berücksichtigen die berufsspezifischen Sprachkompetenzen. BS ist der Ansicht, dass diese Niveaus verbindlicher sein sollten.
Die BKZ ist mit der Beibehaltung international anerkannter Sprachzertifikate einverstanden, vertritt jedoch die Auffassung, dass Lösungen für jene Studierenden gefunden werden sollten, die diese Zertifikate nicht erwerben. Aus Sicht von swu hingegen sollten die Niveaus nicht für verbindlich erklärt werden. Die PHVS regt dazu an, zwischen Ausbildungen zu unterscheiden, die zwei Sprachen (C1*) und drei Sprachen (B2*) umfassen.
Für BL erfordert die Erreichung der verlangten Niveaus, dass die Förderung des Sprachenlernens während der gesamten Schulzeit verbessert wird. Um die Niveaus am Ende der Ausbildung zu erreichen, sollten die berufsspezifischen Profile berücksichtigt werden (BKZ, SO, ZH, swu) oder man sollte sich im Gegenteil von ihnen distanzieren (AG).
BE hält fest, dass die angegebenen Niveaus im Rahmen der Grundausbildung nicht erwartet werden könnten und die Sprachkompetenzen über die Weiterbildung ausgebaut würden. Zwei weitere Kantone vertreten die Auffassung, dass die Niveaus zu hoch seien: VS erachtet das Niveau B2 als ausreichend, vor allem für das Unterrichten auf der Primarstufe (dieser Standpunkt wird auch vom SER und vom LCH vertreten). GR spricht sich dafür aus, das Niveau B2 zu verlangen und das Niveau C1 zu empfehlen.

Berufsspezifische Kompetenzprofile: Die Einführung der berufsspezifischen Kompetenzprofile wird von elf Kantonen, der BKZ und neun anderen Anhörungsteilnehmenden ausdrücklich begrüsst (BKZ, BE, BL, BS,

GR, LU, SG, SH, SO, TG, TI, ZH, LCH, SER, swu, PH Bern, PH Luzern, PHSZ, PHTG, PHVS, PH Zug), auch, auch weil damit die didaktische Kompetenz der Lehrpersonen gestärkt werde (PP, BE, BS, PHTG). Mit zwei Alternativformulierungen wird angeregt, die Formulierung der Empfehlung zu bekräftigen:

> *«die von den Ausbildungsinstitutionen bereits angewandte Praxis und von der EDK bei der Diplomanerkennung übernommenen berufsspezifischen Kompetenzniveaus (vgl. Ziff. 11) dringend empfehlen, gestützt auf ...»* (BE)
>
> *«...gestützt auf dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GER). Besondere Beachtung verdienen dabei die neu entwickelten berufsspezifischen Sprachkompetenzprofile, mit welchem Fremdsprachenlehrpersonen berufs- und stufenspezifische Sprachkompetenzen auf dem Niveau C1 oder C2 erwerben, die gezielt auf die Aktivitäten und Sprachhandlungen im Lehrberuf zugeschnitten sind.»* (SO)

Auch BL spricht sich für eine Formulierung aus, welche die berufsspezifischen Profile besser nutzt.
Aus Sicht von GR müssen die Profile auf nationaler und internationaler Ebene anerkannt oder vergleichbar sein.
ZH erachtet es als notwendig, Mindestanforderungen zu erarbeiten, die auf den Profilen basieren und in Bezug zum Gemeinsamen europäischen Referenzrahmen (GER) stehen.
Nur zwei Kantone stellen sich gegen die Einführung der Profile, so zum einen das VS (es sei denn der Generalistenstatus der Lehrpersonen werde beibehalten), zum anderen der Kanton AG, weil die Profile nicht den verlangten Niveaus entsprächen.

Gewünschte Ergänzungen: Die Weiterbildung sollte erwähnt werden (BKZ, BE, TG), ebenso wie die didaktische Kompetenz und insbesondere die Mehrsprachigkeitsdidaktik (BS, BL, SO). Die Austauschaktivitäten sollten in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung gefördert werden (BKZ, NE, ZH). Aus Sicht von NE sollte im Verlauf der Ausbildung ein mehrmonatiger Sprachaufenthalt gefordert werden. Gemäss dem SER und dem LCH sollte eine Sprachausbildung in einer zweiten Landessprache für alle Lehrpersonen – unabhängig vom Fach, das sie unterrichten – obligatorisch sein, damit sie in der Lage sind, Austauschprogramme, Aufenthalte usw. zu organisieren und zu begleiten.

<u>2. Punkt: Fachdidaktik</u>
Sechs Kantone stimmen der Empfehlung ausdrücklich zu (LU, NE, SG, SH, SO, TI sowie swu, PH Luzern, PHZH). Zu diesem Punkt ist keine ablehnende Stellungnahme eingegangen.
Aus Sicht von GE sollte nächstens eine Standortbestimmung zur Fachdidaktik vorgenommen werden. AG erachtet es als wichtig, die vertikale Kohärenz in der Fachdidaktik von der Primarstufe bis zur Sekundarstufe II zu betonen. Nach Ansicht des LCH und des SER ist eine Zusammenarbeit zwischen den Didaktiken der verschiedenen Sprachen notwendig.

<u>3. Punkt: Mehrsprachigkeitsdidaktik</u>
Die Unterstützung der Ansätze der Mehrsprachigkeitsdidaktik in der Ausbildung wird einstimmig befürwortet: Fünf Kantone begrüssen die Empfehlung ausdrücklich, ohne weitere Bemerkungen anzubringen (LU, NE, SG, SH, TI sowie PH Luzern, PHTG, PHZH, swu, LCH, SER). Drei Kantone und PP betonen, dass die Mehrsprachigkeitsdidaktik auch in der Weiterbildung ihren Platz erhalten müsse (PP, BL, BS, GE). Drei Kantone und PP verlangen, dass eine verbindlichere Formulierung gewählt wird, wie beispielsweise:

> *«en veillant à ce que la didactique du plurilinguisme s'établisse dans la formation»* (PP, BL, BS, SO)

Vier Ausbildungsinstitutionen schlagen Szenarien im Hinblick auf eine konkrete Umsetzung dieser Empfehlung vor (PH Bern, PHSZ, PHTG, PHZH). Die PHTG wirft die Frage auf, welcher Platz der Schulsprache bei der Umsetzung der Mehrsprachigkeitsdidaktik zukommt. Das SER und der LCH wenden gegen die Empfehlung ein, dass die Massnahmen zur Förderung der Mehrsprachigkeitsdidaktik nicht nur didaktischer, sondern auch struktureller Art seien, da es für Personen, die mehrere Sprachen unterrichteten, einfacher sei, diese didaktische Ansätze umzusetzen.

4. Punkt: Wahl der Landessprachen
Die Empfehlung zur Belegung der Landessprachen als Studienfächer löst widersprüchliche Reaktionen aus. Der Grundsatz der Förderung der Landessprachen in der Ausbildung ist zwar unbestritten. Doch das vorgeschlagene Beispiel (die Einschränkung der Kombinationsmöglichkeiten bei der Fächerwahl) wird von fünf Kantonen abgelehnt (AG, AI, BS, FR, LU sowie PH Bern, PH Luzern, PHTG, swu).
Andererseits stimmen acht Kantone, die BKZ und PP diesem Vorschlag zu (BKZ, PP, BE, BL, GL, SG, SH, SO, TI, ZH sowie PHZH). Vier dieser Kantone, die BKZ und PP schlagen vor, den Geltungsbereich dieser Empfehlung auf die Primarstufe auszudehnen (BKZ, PP, BE, BL, GL, SO). BS lehnt die Empfehlung ab, ist jedoch der Auffassung, dass falls sie beibehalten würde, sie auch auf die Primarstufe angewandt werden müsste.
NE wünscht genauere Angaben, um eine Entscheidung treffen zu können; der Kanton erachtet weitere Überlegungen als notwendig, insbesondere solche, die im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt stehen.
In den beiden Alternativformulierungen, die in den Stellungnahmen festgehalten werden, kommt diese Kontroverse zum Ausdruck:

> «*dass angehende Lehrpersonen aller Stufen die Landessprachen als Studienfächer belegen*» (BE)
>
> «*[...] als Studienfächer belegen, indem entsprechende Anreizmodelle geschaffen werden*» statt «*zum Beispiel indem sie... einschränken*» (swu)

5. Punkt: Zweisprachige Maturitäten und immersives Lernen
Alle Äusserungen zu dieser Empfehlung sind positiv (LU, NE, SG, SH, SO, TI sowie LCH, SER, swu, PH Luzern, PHSZ, PHZH). Die einzige Ausnahme bildet GL, der darauf hinweist, dass es in einem Kanton, der über beschränkte Mittel verfüge, nicht möglich sei, zweisprachige Maturitäten einzuführen.
Es wird festgehalten, dass klar zwischen den zweisprachigen Maturitäten und dem immersiven Lernen unterschieden (PH Bern) und dass dieses Lernen – ebenso wie die fachübergreifenden Projekte – auf allen Stufen gefördert werden sollte (PH Bern, PHSZ).

6.2 Beitrag zur Unterrichtsqualität

AG erachtet diese Empfehlung als prioritär und NE unterstützt sie wärmstens.

1. Punkt: Impulse zum Erhalt der Lernprogression und der Motivation
Die Anhörung zeigt, dass dieser Punkt umformuliert werden sollte.
Nur sechs Kantone begrüssen den Vorschlag genau so, wie er formuliert ist (AG, LU, NE, SG, SH, TI). Fünf Kantone und die BKZ sind der Ansicht, dass die Formulierung unklar sei oder präzisiert werden sollte (BKZ, PP, BL, GR, SO, VS, ZH). Die Beispiele werden als wenig überzeugend erachtet (BKZ). Zwei Kantone und die BKZ weisen darauf hin, dass die Lehrmittel bereits inhaltsorientiert seien (BKZ, GR, ZH). Aus Sicht von BL sind die angeführten Beispiele Sache der Lehrpersonen, während die Kantone für die Umsetzung der Rahmenbedingungen zuständig sind. Die BKZ schlägt andere Beispiele vor (SchulreisePLUS, Kontakte über E-Mail, Kurzaustausch, Einbezug von Gästen in den Unterricht). Aus Sicht des SER und des LCH sollten die Austauschaktivitäten entschiedener gefördert werden, da die Relevanz und der Nutzen der Sprache die wichtigsten Motivationsfaktoren seien.

2. Punkt: Materialien für die Beurteilung der Leistungen
Zu diesem Punkt gehen die Meinungen auseinander.
Ein Kanton lehnt die Bereitstellung von Materialien für die Leistungsbeurteilung ab: Er stellt sich auf den Standpunkt, dass es nicht Aufgabe des Kantons sei, den Schulen Materialien zur Verfügung zu stellen (GR). Demgegenüber unterstützen sechs Kantone den Vorschlag (AG, LU, NE, SG, SH, SO sowie PHTG). ZH hält fest, dass Instrumente für die formative und summative Beurteilung in den Lehrmitteln bereits enthalten seien und Tests zur Verfügung gestellt würden.

Die BKZ und ZH weisen darauf hin, dass die Formulierung falsch sei. Die BKZ und die PH Bern schlagen die folgenden Formulierungen vor:

> *«... den Lehrpersonen Materialien zur Verfügung stellen, die sie zur altersgerechten Beurteilung der Leistungen ihrer Schülerinnen und Schüler in Übereinstimmung mit der aktuellen didaktischen Ausrichtung ihres Unterrichts einsetzen können.» (BKZ)*
>
> *«... den Lehrpersonen Materialien zur Verfügung stellen, die diese zur altersgerechten und didaktischen Ausrichtung des Unterrichts anregen und die darauf abgestimmte summative und formative Beurteilungsunterlagen beinhalten.» (PH Bern)*

Die Ausbildungsinstitutionen halten zudem fest, dass die Beurteilungsmaterialien zwischen den Stufen koordiniert werden müssten (PH Bern, PHTG); sie sollten kompetenzorientiert sein (PHSZ) und im Verlauf der Lehrerinnen- und Lehrerbildung eingeführt werden (PH Bern). Auch müssten Materialien für die diagnostische Beurteilung entwickelt werden (PH Bern). Aus Sicht des SER und des LCH sollte bei den Landessprachen auf summative Beurteilungen verzichtet werden.

<u>3. Punkt: Organisation des Unterrichts</u>
Der Vorschlag wird von AG, LU, NE, SG, SH, SO und TI ohne weitere Bemerkungen unterstützt. AG und BL stimmen dem Vorschlag grundsätzlich zu, halten jedoch fest, dass eine Erhöhung der Ressourcen nicht in Frage kommt. Der LCH und das SER weisen ebenfalls auf die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Finanzierung hin. Aus Sicht von BS sollte auch die (Teil-)Autonomie der Schulen Erwähnung finden.

<u>4. Punkt: Beizug von Personen, deren Erstsprache eine zweite Landessprache ist</u>
Die Stellungnahmen zu diesem Punkt gehen auseinander. Sieben Kantone befürworten den Vorschlag, im Unterricht Personen beizuziehen, deren Erstsprache eine zweite Landessprache ist (AG, BL, LU, NE, SG, SH, SO sowie SER, LCH, PHZH), während drei Kantone diesen Vorschlag ablehnen (GE, GR, VS). Dabei werden primär die Finanzmittel, die von den Kantonen bereitgestellt werden müssten, als Hindernis für die Umsetzung genannt (GE, LU). Ein Kanton würde seine verbleibenden Ressourcen dafür einsetzen (BL). Die im Unterricht beigezogenen Personen müssten über ein Lehrdiplom für Sprachen verfügen (FR), für die Schulstufe und das Fach qualifiziert sein (BKZ) oder zumindest eine Ausbildung für den Sprachenunterricht bescheinigen oder nachweisen (GE).
Damit auch die Sprachen Englisch und Italienisch berücksichtigt werden können, schlagen die BKZ und ZH folgende Formulierung vor:

> «*[...] deren Muttersprache die Zielsprache ist, [...].*» (BKZ, ZH, PH Bern)

<u>5. Punkt: Kontinuität zwischen den Stufen</u>
Die vorgeschlagene Empfehlung zur Kontinuität zwischen den Stufen wird in den Stellungnahmen, die auf diesen Punkt eingehen, einstimmig gutgeheissen und von zwei Kantonen als zentral erachtet (AG, BL sowie PH Luzern, PH Zug). Drei Kantone und die BKZ schlagen vor, die Formulierung zu verstärken:

> *«gezielt fordern»* statt *«gewährleisten» (BKZ, AG, BE, ZH)*
>
> *«in der Unterrichts- und Beurteilungspraxis»* statt *«in der pädagogischen Praxis»* (BKZ, ZH)
>
> *«[...] insbesondere auch mit Hinblick auf die Zulassungsprüfungen, z.B. Berufsmatur»* (BKZ, PHZH)

Zwei Kantone und die BKZ würden eine Ausdehnung der Empfehlung auf die ersten beiden Schuljahre begrüssen (BKZ, BE, ZH und ebenso PH Bern). Für die Sekundarstufe II sollte klargestellt werden, dass es sich um die gymnasiale und berufliche Ausrichtung entsprechend der Sprachenstrategie für die Sekundarstufe II vom 24. Oktober 2013 handelt (AG).

6.3 Unterstützung des nationalen Lehrerinnen- und Lehreraustauschs

Zu dieser Empfehlung ging keine ablehnende Stellungnahme ein.
BS spricht sich dafür aus, die Empfehlung durch die Angabe von Beispielen zu konkretisieren. GE und FR (sowie der LCH und das SER) halten fest, dass eine finanzielle Unterstützung durch den Bund notwendig sei, die ausdrücklich erwähnt werden sollte (GE). Der LCH und das SER sind der Meinung, die Förderung des Austauschs dürfe nicht den Kantonen überlassen werden, sondern müsse von der EDK und vom Bund über eine beauftragte Agentur koordiniert werden. Die PH Bern regt an, dass die Kantone ein Partnerschaftssystem zwischen den Schulen einführen und unterstützen, das sich am System der Städtepartnerschaften orientiert.

7 Teil V: Begleitung durch Beispiele der guten Praxis

Der Vorschlag, Beispiele der guten Praxis herauszugeben, wird begrüsst.
Acht Kantone erachten die Herausgabe als sinnvoll und begrüssenswert (AG, AI, FR, GE, NE, SG, SH, ZH sowie swu, PH Bern, PH Luzern, PHTG). Aus Sicht von FR sollte dieser Punkt am Anfang des Dokuments stehen. AG wirft die Frage zu den Möglichkeiten für eine Übertragung in die Unterrichtspraxis auf.
Fünf Kantone und die BKZ erachten den dritten Satz als zu lang. Zudem würde eine positive Formulierung bevorzugt.

> «*damit sich die Lernkurve positiv entwickelt*» statt «*um ein Abflachen der Lernkurve zu vermeiden*» (BKZ, AG, BE, GR, SO, ZH)

Sechs Kantone und die BKZ sprechen sich für die Verbreitung von Beispielen der guten Praxis auf einer Plattform aus (BKZ, BL, GE, GR, SO, TG, ZH), wie z.B. die Plattform www.profilQ.ch (LCH, SER). Vier Kantone und PP würden genauere Angaben begrüssen, wie und mit welchen Instrumenten die Beispiele der guten Praxis publiziert werden sollen (PP, AG, BL, BS, SO). BL, SO und PP weisen darauf hin, dass die Kantone des Projekts Passepartout beim Aufbau einer Plattform behilflich sein könnten und dass sie über zahlreiche Beispiele verfügen.
Inhaltlich sollten auch folgende Themen bearbeitet werden: die Differenzierung für die Schülerinnen und Schüler, denen das Sprachenlernen einfacher fällt oder bei denen die unterrichtete Sprache die Erstsprache ist (BKZ, ZH sowie PHSZ, PHTG, swu), sowie Beurteilungsformen, die altersgerecht sind und den didaktischen Ansätzen entsprechenden (NE). Für die Sekundarstufe I sollten Beispiele aufgeführt werden (BS). Das Dokument muss praxisorientiert und konkret sein (AI, ZH, LCH, SER).

8 Weitere Themen, die in den Stellungnahmen erwähnt werden

Einige Anhörungsteilnehmenden äussern sich zu Aspekten, die im Anhörungsentwurf nicht vorgesehen sind, wie beispielsweise die Stundendotation. Aus der Anhörung geht hervor, dass diese in der Hoheit der Kantone bleiben muss. Einzig ZH würde eine Empfehlung hinsichtlich einer ausreichenden Stundendotation zu Beginn des Sprachenunterrichts befürworten.
swu schlägt folgende Fragen vor: eine gezielte Unterstützung für jene Schülerinnen und Schüler, deren Erstsprache die Zielsprache ist, sowie die Nutzung von deren Kompetenzen im Sprachenunterricht, eine Unterstützung für schulische Heilpädagoginnen und Heilpädagogen durch Weiterbildungsangebote; und eine Analyse der möglichen Partnerschaften zwischen Schulen aus verschiedenen Sprachregionen.

EDK | CDIP | CDPE | CDEP |
Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique
Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione
Conferenza svizra dals directurs chantunals da l'educaziun publica

RECOMMANDATIONS: L'ENSEIGNEMENT DES LANGUES À L'ÉCOLE OBLIGATOIRE

Rapport sur les résultats de la procédure d'audition

8 avril 2016

Generalsekretariat | **Secrétariat général**
Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach, CH-3000 Bern 7 | T: +41 (0)31 309 51 11, F: +41 (0)31 309 51 50, www.edk.ch, edk@edk.ch

IDES Informationszentrum | Centre d'information | T: +41 (0)31 309 51 00, F: +41 (0)31 309 51 10, ides@edk.ch

Sommaire

1 Résumé 3
1.1 Contexte et participation 3
1.2 Vue d'ensemble des réponses à l'audition du projet de recommandation 3

2 Titre, structure du document et remarques générales 4

3 Partie I : Contexte 4

4 Partie II : Programme de travail de 2004 réalisé - améliorations à poursuivre 5
4.1 Réactions sur l'introduction de la partie II et propositions de formulation 5
4.2 Objectifs nationaux de formation et évaluation de l'enseignement des langues 5
4.3 Portfolio européen des langues 6
4.4 Formation initiale des enseignantes et des enseignants 6
4.5 Promotion des échanges 6
4.6 Centre scientifique de compétence sur le plurilinguisme (CSP) 7
4.7 Didactiques des disciplines 7

5 Partie III : Renouvellement des grands principes de la stratégie des langues de 2004 7
5.1 Soutien aux élèves provenant d'un autre canton 8
5.2 Soutien aux élèves qui ont des difficultés 8
5.3 Soutien à long terme des compétences des enseignantes et enseignants 8
5.4 Transition entre les degrés d'enseignement 9
5.5 Portfolio européen des langues (PEL) 9

6 Partie IV : Recommandations complémentaires relatives au développement de l'enseignement des langues 10
6.1 Encouragement des compétences des enseignantes et enseignants 10
6.2 Contribution à la qualité de l'enseignement 12
6.3 Soutien au programme national d'échanges 14

7 Partie V : Accompagnement par des exemples de bonne pratique 14

8 Autres sujets évoqués dans les prises de position 15

1 Résumé

1.1 Contexte et participation

La CDIP a publié sa stratégie et son programme de travail pour l'enseignement des langues à l'école obligatoire le 25 mars 2004. Le programme de travail vise à soutenir la stratégie et à élaborer des instruments pour sa mise en œuvre. Le 31 octobre 2014, la CDIP a confirmé sa stratégie des langues dans une prise de position qui constate que l'harmonisation est en bonne voie. Comme prévu dans la prise de position de 2014, la CDIP a élaboré en 2015 un projet de recommandations qui s'attache à souligner les points du programme de travail pour lesquels des efforts doivent être fournis et à indiquer les conditions qui permettront une amélioration de l'enseignement des langues.
Le projet de recommandations sur l'enseignement des langues à l'école obligatoire a fait l'objet d'une procédure d'audition du 26 mai 2015 au 30 septembre 2015.

Lors de la procédure d'audition, 36 réponses des cantons, institutions et organismes suivants ont été enregistrées :

- 20 cantons: AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE, SG, SH, SO, TI, TG, VS, ZH
- la Conférence des Directeurs de l'Instruction publique de Suisse Centrale (BKZ : LU, NW, OW, SZ, UR, ZG)
- les cantons de la région Passepartout (BE, BL, BS, FR, SO, VS) ont également remis une prise de position commune du point de vue du projet Passepartout (PP)
- 7 institutions de formation : HEPVS, PH Bern, PH Luzern, PHSZ, PHTG, PHZH, PH Zug
- swissuniversities (swu)
- la Conférence latine des chefs d'établissement de la scolarité obligatoire (CLACESO) et le Verband Schulleiterinnen und Schulleiter Schweiz (VSLCH)
- le Syndicat des enseignants romands (SER) et le Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH)
- le Syndicat suisse des services publics (vpod ssp) et le InteressenGemeinschaft Erstsprachen (IG E !)

1.2 Vue d'ensemble des réponses à l'audition du projet de recommandation

L'élaboration de recommandations sur l'enseignement des langues à l'école obligatoire est approuvée dans 35 des 36 prises de position. Seule la BKZ estime que de nouvelles recommandations ne sont pas nécessaires étant donné que la stratégie de la CDIP de 2004 a été confirmée en 2014.
La plupart des recommandations en tant que telles (partie 6, point IV du projet) sont saluées par de nombreux participants, et seules des précisions ou des reformulations sont souhaitées. Deux points font l'objet de réactions plus mitigées : le Portfolio européen des Langues (PEL) et les niveaux de compétences langagières dans la formation.
L'engagement dont les recommandations sont empreintes est salué ainsi que les objectifs d'harmonisation et d'optimisation des cours de langues qu'elles poursuivent.
Trois cantons s'interrogent sur la pertinence de nouvelles recommandations : AG s'interroge sur l'effet de recommandations non-contraignantes. AI ne juge pas utile d'uniformiser l'enseignement des langues puisqu'un rapprochement intercantonal des objectifs est poursuivi. GE doute de leur impact dans le débat actuel sur l'enseignement des langues.

La consolidation de la stratégie de 2004 et sa concrétisation rencontrent une large approbation. Cependant, la partie « Programme de travail de 2004 réalisé – améliorations à poursuivre » est la plus discutée : l'introduction PEL n'est pas considérée comme généralisée et les niveaux de compétence langagière visés au début et à la fin de la formation des enseignantes et enseignants sont controversés. Un grand nombre de participants souhaite un changement d'orientation relativement conséquent sur les points traitant de l'instauration d'un centre national de compétence sur les langues et de la promotion des échanges. Les avis sont généralement positifs sur les objectifs nationaux de formation et l'évaluation de l'enseignement des langues par le biais de la vérification de l'atteinte des compétences fondamentales ainsi que sur la promotion de la didactique des disciplines.

Les réactions sur la partie « Renouvellement des grands principes de la stratégie des langues de 2004 » reprennent les mêmes tendances. Le PEL, jugé souvent peu maniable, devrait être abandonné, retravaillé ou au contraire imposé dans les classes. Les séjours linguistiques des enseignantes et enseignants sont salués. Seuls leur organisation et leur financement soulèvent des inquiétudes. Le soutien aux élèves provenant d'un autre canton ou ayant des difficultés en langues étrangères et le point traitant de la transition entre les degrés sont généralement bien accueillis.

Les « Recommandations complémentaires » suscitent en règle générale moins de réactions et sont largement approuvées. Seules les questions des niveaux de compétence langagière et la promotion des langues nationales dans la formation des enseignantes et enseignants sont traitées plus en détail et ce, de façons divergentes. Les autres points des recommandations sont dans l'ensemble bien acceptés, mais le manque de moyens, notamment financiers, pour la réalisation des mesures est soulevé. Généralement, des recommandations plus concrètes sont souhaitées.

L'accompagnement des cantons à la mise en œuvre des recommandations par la publication de bonnes pratiques éditées par la CDIP rencontre une large approbation.

2 Titre, structure du document et remarques générales

Les avis émis montrent que le titre et la structure du document sont inadéquats.
Ainsi, de nombreuses propositions de mesures pour la mise en œuvre de la stratégie sont exprimées en réponse au chapitre « Programme de travail de 2004 réalisé – améliorations à poursuivre » ou au chapitre « Renouvellement des grands principes de la stratégie des langues de 2004 » (BKZ, PP, AG, AI, AR, BE, BL, BS, GE, GL, GR, LU, NE, SG, SO, TG, VS, ZH parmi les cantons). Par exemple, les paragraphes concernant le Centre scientifique de compétence sur le plurilinguisme (CSP) et la promotion des échanges pour les élèves suscitent des commentaires sur des mises en œuvre alors que ces points ne font pas l'objet de recommandations dans le projet soumis à l'audition (cf. points 4.5 et 4.6).

Deux cantons favoriseraient un changement de titre « *Fremdsprachenunterricht in der obligatorischen Schule* » (LU, TG, confirmés par PH Luzern, PHSZ, swu). Trois cantons souhaitent que soient prises en compte dans les recommandations la langue de scolarisation, les langues premières des élèves allophones et/ou l'italien (NE, TI, ZH, ainsi que PH Bern, PH Luzern, PHSZ, swu, vpod, IG E !).
AI souhaite une prise en compte du point de vue des enseignantes et enseignants et des recommandations plus orientées vers la mise en œuvre pratique.
Le SER et le LCH requièrent des moyens financiers et des mesures concrètes contraignantes à moins de revoir les objectifs de l'enseignement des langues à la baisse. Ils estiment en outre que la valeur et la fonction de la deuxième langue nationale doivent être plus clairement mises en avant.

3 Partie I : Contexte

Si la perspective montrée dans le projet est acceptée, l'audition indique qu'une reformulation des objectifs de la stratégie des langues et de la chronologie des événements est souhaitée.
Ainsi, PP note que la stratégie des langues est aussi au service d'une amélioration qualitative de l'enseignement des langues et de la didactique du plurilinguisme, remarque reprise dans les prises de position de BL et BS (PP, BL, BS). Plusieurs formulations alternatives sont proposées pour compléter ce passage :

> *« Die Sprachenstrategie steht auch im Dienst der Verständigung zwischen den Sprachregionen »* (BKZ, BE, GR, ZH).

> *« Die Sprachenstragegie steht im Dienst der Verständigung zwischen den Sprachregionen und der Förderung der Mehrsprachigkeit. Die Weiterentwicklung und Verbesserung des Sprachunterrichts mit einer Didaktik, welche die Mehrsprachigkeit in den Lernprozess einbezieht, unterstützt das Erlernen mehrerer Fremdsprachen. »* (SO)

TG relève que le déroulement chronologique des événements doit être révisé, la Stratégie des langues (2004) étant antérieure à l'art. 62, al. 4, Cst. (2006).
Pour ZH, la mise en œuvre du modèle 3e/5e (5e/7e HarmoS) ne doit pas être seulement poursuivie, mais aussi et surtout évaluée. TG préconise plus de retenue à ce sujet en raison des développements actuels. Le SER et le LCH précisent que l'harmonisation n'est pas réalisée.

4 Partie II : Programme de travail de 2004 réalisé - améliorations à poursuivre

Même si les cantons souscrivent au besoin de poursuivre les améliorations pour réaliser le programme de travail de 2004, ils sont nombreux à apporter des précisions sur l'état actuel de l'enseignement des langues dans les écoles et à souhaiter une modification du texte en projet qui mette mieux en évidence le décalage éventuel entre les instruments et l'usage qui en est fait.

4.1 Réactions sur l'introduction de la partie II et propositions de formulation

Six cantons, la BKZ et PP relèvent que le développement et l'introduction des instruments ne sont pas encore réalisés (GR), comme dans le cas du PEL (BKZ, PP, BE, BL, SO, ZH) ou d'un niveau unifié de la compétence langagière des futurs enseignantes et enseignants dans les HEP (AR).
Les formulations suivantes sont proposées :

> *„(...), deren Entwicklung und Einführung fortgeschritten und zum Teil abgeschlossen ist. Evaluationen und Verbesserungen bei den Instrumenten und ihrer Nutzung sind wie folgt lich:"* (BL)
>
> *„deren Entwicklung und Einführung weitgehend abgeschlossen ist."* (BE)

4.2 Objectifs nationaux de formation et évaluation de l'enseignement des langues

L'évaluation de l'enseignement des langues est approuvée par l'ensemble des cantons, ainsi que par les autres participants. Un canton considère que l'évaluation de l'enseignement des langues doit être conduite sans obligation de la part des cantons (VS).
PP et GE souhaitent que les modalités de l'évaluation soient précisées:

- des évaluations seront réalisées en 2017 et 2020 respectivement pour le degré primaire et secondaire I dans les cantons du projet Passepartout (PP, position reprise par BL) ;
- une évaluation de la langue de scolarisation sera réalisée (GE).

Pour ZH, il conviendrait d'envisager une recommandation aux cantons afin que des évaluations plus conséquentes soient menées par la suite.
Des remarques portent sur la mise en œuvre :

- les évaluations doivent répondre à la question de savoir si les compétences sont bien comparables à la fin du secondaire I, malgré l'ordre différent d'introduction des langues (AG, BL) ;
- les évaluations doivent porter aussi sur les compétences de production orale (AG, PH Bern, swu)
- les évaluations doivent prendre en compte les plans d'études (PH Bern, swu) ;
- l'enseignement des langues nationales doit être obligatoire pour tous, afin que les évaluations soient comparables (LCH, SER) ;
- les échantillons doivent être anonymisés (vpod ssp).

La PH Luzern évoque la récente évaluation de l'enseignement des langues de la BKZ, dont les résultats devraient être utilisés pour améliorer l'enseignement des langues.

4.3 Portfolio européen des langues

Le paragraphe sur le PEL suscite un grand nombre d'avis portant sur le statut du PEL dans les cantons et les mesures à prendre. Ces avis sont rapportés dans la partie 5.5 ci-dessous.
Pour la partie « Programme de travail 2004 – améliorations à poursuivre », BS et ZH notent que le paragraphe devrait être reformulé pour être plus concret.
Les formulations suivantes sont avancées :

> *« Wo mit den Europäischen Sprachenportfolios gearbeitet werden soll, sind Anstrengungen nötig, diese in eine unterrichtstaugliche, für die prozessbezogene Lernbegleitung nutzbare Form zu bringen. » (AG)*
>
> *« Des efforts supplémentaires s'avèrent toutefois nécessaires pour que les portfolios soient effectivement utilisés et deviennent effectivement des outils d'auto-évaluation des élèves. » (GE)*
>
> *« Diese Instrumente liegen in drei Versionen vor. Es bedarf weiterer Anstrengungen und einer dem heutigen Stand des Fremdsprachenunterrichts entsprechenden Weiterentwicklung dieses Instrumentes, um den Einsatz im Unterricht zu verbessern. »* (SO)

4.4 Formation initiale des enseignantes et des enseignants

Six cantons et la BKZ soulignent que les niveaux indiqués ne sont pas requis ou atteints partout (BKZ, BE, FR, GE, GR, LU, TG, position confirmée par HEPVS, PH Bern, PH Luzern, PHTG). VS précise que le niveau B2 ne peut être imposé à la fin du secondaire II (position appuyée par HEPVS).

4.5 Promotion des échanges

Les réponses à l'audition se concentrent essentiellement sur les échanges entre les élèves et les classes, échanges dont l'utilité est par ailleurs reconnue à l'unanimité. Quant aux échanges pour les enseignantes et enseignants au cours de leur carrière, seul NE les évoque explicitement.

Douze cantons et la BKZ approuvent explicitement la promotion des échanges (BKZ, AG, AI, GE, GL, GR, LU, NE, SG, SO, TG, VS, ZH, LCH, SER, swu, HEPVS, PH Bern, PH Luzern, PHSZ, PHTG), mais trouvent éventuellement la formulation trop générale (GE, ZH). Neuf cantons, la BKZ et PP stipulent que d'autres formes d'échange exigeant moins de ressources doivent aussi être promues (BKZ, PP, AG, BL, BS, BE, GL, GR, SO, TG, ZH, ainsi que LCH, SER, swu, PH Bern, PHSZ). Il s'agit par exemple de ExcursionPLUS, les séjours de deux ou trois jours, les échanges épistolaires et par voie électronique, les camps d'été ou de ski, les semaines de projets, les visites de musées, les échanges entre classes partenaires, l'invitation d'hôtes étrangers dans les classes. Trois cantons souhaitent que le champ d'action soit élargi à la formation des enseignantes et enseignants (AG, NE, TG, ainsi que PH Bern, PH Luzern).

La mise en œuvre des échanges suscite par contre des réactions plus partagées. Six cantons et la BKZ souhaitent que les domaines de responsabilités soient précisés (BKZ, AG, BE, BS, GR, TG, ZH). Trois cantons et la BKZ souhaiteraient un meilleur soutien de la Fondation *ch* aux cantons (BKZ, NE, SG, ZH). Deux cantons soulignent qu'une politique de promotion des échanges doit être accompagnée d'un financement, par exemple de la Confédération (FR, ZH, ainsi que LCH, SER, swu, PH Luzern). Pour la PH Luzern et swu, des structures de soutien adéquates sont aussi nécessaires. La PH Bern et la PH Luzern saluent la répartition des responsabilités entre tous les acteurs.

Pour une mise en œuvre concrète, FR précise que de grandes difficultés organisationnelles demeurent tant que l'âge d'introduction des langues nationales n'est pas harmonisé. La PH Bern suggère des campagnes d'information pour les directions d'école, du matériel pédagogique et des créneaux horaires supplémentaires pour les organisateurs.

Pour les échanges entre enseignantes et enseignants, NE préconise le développement d'un logiciel par lequel les enseignantes et enseignants pourraient recenser leurs souhaits et obtenir des propositions concrètes.

4.6 Centre scientifique de compétence sur le plurilinguisme (CSP)

Il ressort de l'audition que les cantons souhaitent pouvoir mieux mettre à profit les recherches du CSP pour une amélioration de l'enseignement des langues.
En effet, au niveau de la sélection des sujets de recherche, sept cantons et PP souhaitent que les sujets soient plus pertinents pour la pratique, et donc plus axés vers l'enseignement des langues à l'école, la didactique et la pédagogie (PP, AG, AI, BL, BS, GR, LU, SO, PH Bern). GE est en faveur d'études investiguant les avantages ou non du modèle 3e/5e (5e/7e HarmoS) et les conditions nécessaires pour mettre en œuvre les approches plurilingues.

En ce qui concerne la diffusion des résultats, trois cantons, la BKZ et PP sollicitent une communication plus active et plus adéquate des résultats de recherche (BKZ, PP, BS, LU, ZH). Cinq cantons, la BKZ et PP insistent sur le fait que les résultats de recherche doivent être utilisés dans la formation des enseignantes et des enseignants (BKZ, PP, BS, GR, SO, swu, PH Luzern) et dans les écoles (BKZ, PP, AG, BS, GR, ZH, swu, PH Luzern), ce qui requiert éventuellement un traitement et une présentation des résultats adéquats de la part du CSP.
Les avis diffèrent sur la répartition des rôles et responsabilités entre le CSP, la CDIP / les cantons, comme l'indiquent les formulations suggérées :

> *« Das Kompetenzzentrum sollte künftig gezielter für die Weiterentwicklung und Verbesserung des schulischen Sprachenlernens genutzt werden. Die EDK hilft mit, dass die Projektergebnisse bekannt gemacht und für die Nutzung in der Aus- und Weiterbildung aufbereitet werden. »* (SO)

> « *Das Kompetenzzentrum sollte künftig gezielter für die Weiterentwicklung und Verbesserung des schulischen Sprachenlernens genutzt werden können. Insbesondere soll die Nutzung der Ergebnisse in der Aus- und Weiterbildung sowie in den Schulen gezielter gefördert werden. Hierfür müssen auch die notwendigen Finanzen bereitgestellt werden*. » (BE)

Enfin, trois cantons souhaiteraient que le CSP coopère plus activement avec les HEP (TG, VS, ZH), ce qui est soutenu par de nombreuses institutions de formation (PH Bern, PH Zug, PHTG, PHZH, ainsi que swu). La BKZ estime que le positionnement du CSP par rapport aux HEP n'est pas clair. Le LCH et le SER seraient favorables à une coopération entre cantons et HEP.

AG salue la perspective plurilingue. ZH juge utile de formuler une recommandation et SG approuve le texte en projet. Par contre, LU émet des doutes sur l'utilité de la recherche scientifique ou du CSP pour la pratique (position confirmée par le LCH et le SER).

4.7 Didactiques des disciplines

Le soutien de la CDIP à la didactique des disciplines est approuvé à l'unanimité. Six prises de position souscrivent sans restriction au paragraphe qui s'y rapporte (LU, PH Bern, PHTG, LCH, SER, swu). Un canton et trois autres participants évoquent un centre scientifique de didactique : VS s'y oppose parce que les formations risqueraient d'être ainsi centralisées, tandis que le LCH, le SER et la PH Bern sont favorables à la création d'un centre scientifique de didactique.

5 Partie III : Renouvellement des grands principes de la stratégie des langues de 2004

Il ressort de l'audition que la continuité établie entre la Stratégie des langues de 2004 et le projet actuel est généralement bienvenue, même si certaines orientations seraient à revoir compte tenu des évolutions

actuelles (cf. les points 5.3 et 5.5). Ainsi, cinq cantons approuvent la partie III du projet de recommandations dans sa globalité (JU, NE, SG, SH, TI, ainsi que la PH Zug). Par contre, les six cantons de la BKZ jugent que cette partie est à supprimer dans le sens où la stratégie des langues de 2004 est toujours en vigueur. Selon la BKZ, une autre possibilité serait de formuler des recommandations cohérentes avec la stratégie de 2004. Pour GE, les points traités dans cette partie ne sont pas de grands principes.

Tout en soutenant cette partie du projet, SH note qu'il conviendra de s'assurer que les efforts fournis servent directement l'enseignement des langues dans les classes. GR estime nécessaire de renouveler aussi les principes de la stratégie des langues de 2004 relatifs à l'apprentissage d'une troisième langue nationale et notamment de l'italien.
Le SER et le LCH sont aussi favorables au renouvellement de la stratégie, à condition que les moyens financiers soient mis à disposition.

5.1 Soutien aux élèves provenant d'un autre canton

Tous les participants à l'audition sont favorables au soutien des élèves issus d'un autre canton.
Dix cantons et la BKZ soutiennent explicitement ce principe (BKZ, AG, AI, AR, BL, JU, LU, NE, SG, SH, SO, ainsi que swu, PH Bern, PH Luzern, PHTG, PHZH). Trois cantons sont en faveur d'une formulation qui permettent de prendre en compte les élèves provenant aussi d'autres systèmes éducatifs (BE, BS, ZH). Le LCH et le SER demandent à ce que le financement des mesures soit précisé.
Selon ZH, les moyens d'enseignement modernes forment un soutien supplémentaire pour les élèves issus d'autres cantons en raison de leur structure cyclique et de l'introduction des stratégies d'apprentissage, de la didactique du plurilinguisme et d'une différenciation interne. Le LCH et le SER estiment que le manque de compétences en langue des élèves concernés ne doit pas avoir d'influence sur la promotion ni sur le passage dans la classe supérieure.

5.2 Soutien aux élèves qui ont des difficultés à suivre l'enseignement des langues

Le principe est approuvé à l'unanimité. Une formulation plus explicite sur le but visé serait favorisée :

> « *statt vorschnell zu Dispensationsmassnahmen zu greifen* » ou « *um Dispensationsmassnahmen in der Regel auszuschliessen* » (BKZ, PP, AG, BE, BL, GL, GR, ZH, ainsi que swu, PH Bern)
>
> « *um die Freude an der Sprache zu wecken* » (GL)

Un canton et deux autres participants souhaitent que d'autres catégories d'élèves bénéficient de mesures spécifiques: les élèves ne maîtrisant aucune langue nationale (BS) et les élèves très forts dans la langue cible (PH Bern, swu). ZH indique que les moyens d'enseignement contiennent déjà du matériel différencié.
Quatre participants notent qu'il serait nécessaire de former des enseignants spécialisés aux spécificités de l'enseignement des langues (LCH, SER, swu, PH Bern).
Pour le LCH et le SER, les dispenses massives ne peuvent être évitées dans un contexte de restrictions budgétaires qu'en abaissant les objectifs.

5.3 Soutien à long terme des compétences linguistiques des enseignantes et enseignants

Le principe est largement soutenu, mais des réserves, voire des oppositions sont à noter.
Treize cantons soutiennent ce principe en ce qui concerne la formation continue et les échanges (AG, AI, BE, BL, BS, JU, LU, NE, SG, SH, SO, TI, ainsi que PH Luzern, PHTG, PHZH) ou tout au moins les échanges (VS).
BE suggère de renforcer la formulation :

> *« sich einsetzen »* au lieu de *« fördern »* (BE)

Trois cantons soutiennent le principe en s'interrogeant toutefois sur le financement de la mesure et sur le soutien financier qu'apporterait la Confédération (AR, FR, ZH, ainsi que SER, LCH). GL et GR considèrent les séjours linguistiques réguliers irréalisables (GL, GR). TG considère que le canton ne peut mettre en

œuvre ce niveau de détail, un rôle qui revient aux institutions de formation. Pour une mise en œuvre concrète, NE préconise le développement d'un logiciel où les enseignantes et enseignants pourraient recenser leurs souhaits et obtenir des propositions concrètes.

5.4 Transition entre les degrés d'enseignement

Principe unanimement approuvé, neuf cantons, la BKZ et les cantons PP considèrent qu'il convient d'ajouter la transition entre les degrés secondaire I et secondaire II (BKZ, PP, AG, BE, BL, BS, GE, GL, GR, SO, ZH, ainsi que PH Bern, PHSZ).
BL et PP souhaiteraient que la stratégie des langues pour le secondaire II d'octobre 2013 soit mentionnée. Comme les moyens d'enseignement adaptés à l'âge des élèves et assurant une transition cohérente entre les degrés d'enseignement sont réalisés ou en cours d'élaboration, il s'agit surtout de les adapter en fonction des résultats de la recherche en didactique des langues étrangères (BKZ, PHZH). La formulation ne devrait en outre pas donner l'impression que de tels moyens d'enseignement ne sont pas déjà utilisés (BKZ).
La mise en œuvre de ce principe passe aussi par le renforcement de la cohérence entre les degrés dans la formation initiale et/ou continue (PP, AG, BL, ZH), ainsi que par la collaboration entre les degrés (SO, PHSZ, PH Zug), conformément à la formulation suivante :

> « *... der Primarstufe in die Sekundarstufe I und in die Sekundarstufe II gewährleisten. Grundsätzlich ist stufenübergreifende Arbeit nötig, damit die vertikale Kohärenz über alle Bildungsstufen hinweg realisiert werden kann*. » (SO)

Pour le SER et le LCH, les approches didactiques adaptées à l'âge des élèves ne sont pas compatibles avec la pression des notes.

5.5 Portfolio européen des langues (PEL)

L'audition montre que le PEL ne s'est pas imposé dans la pratique et que les nouveaux moyens d'enseignement en intègrent certains éléments. Une analyse et une adaptation du PEL sont souhaitées.

Quatre cantons soutiennent la proposition (JU, NE, SH, TI, ainsi que PH Bern, PHTG, PHZH). Au contraire, trois cantons estiment que le PEL ne doit pas faire l'objet d'une recommandation (AG, AI, LU) ni être élevé au rang de principe (AG). La BKZ considère que le PEL doit être retravaillé ou qu'une recommandation ne doit pas être émise (BKZ). En Thurgovie, où le PEL est obligatoire, l'obligation va être révisée dans le cadre de l'élaboration du nouveau concept des langues (TG).
FR et GE demandent de spécifier de quelles « différentes versions » du PEL il s'agit et BS souhaiterait que soient précisées les raisons pour lesquelles le PEL est conseillé.

La qualité et l'utilité du PEL sont jugées incontestables par la BKZ et ZH, (ainsi que par PH Bern, PHSZ, PHTG, swu). Pour AG, le PEL prend son sens comme grille comparative standardisée (AG).
Il est noté que le PEL n'est pas obligatoire partout (AG, PH Bern) et qu'il n'est pas systématiquement utilisé dans la pratique même dans les cantons où il est obligatoire (AG, SO, TG, ZH, PH Luzern, PHSZ, PHTG), malgré les efforts fournis ces dernières années pour sa promotion. Trois causes sont évoquées : l'intégration d'éléments du PEL dans les nouveaux moyens d'enseignement (PP, BL, BS, BE, FR, GE, GL, GR, SO, swu, PH Bern, PHSZ), le fait que le PEL n'est plus adapté à l'âge des élèves (BE, GR, SO), ainsi qu'une réticence des enseignantes et enseignants encore mal comprise.
Il conviendrait par conséquent de procéder à une analyse pour comprendre comment généraliser son utilisation (BKZ, ZH, PH Luzern, PHSZ, PHTG), pour vérifier s'il peut encore être intégré à l'enseignement (SG) et pour étudier son intégration dans les moyens d'enseignement (PP, BL, BS, BE, GR, SO, PHTG).
AI préconise de l'abandonner. La BKZ suggère de s'interroger sur le bien-fondé de nouveaux investissements dans le cas où la pratique ne changerait pas rapidement. Pour LU, il convient de s'assurer qu'il soit adapté à la pratique avant de continuer à promouvoir son utilisation. TG reste sceptique quant aux résultats de nouveaux efforts. Le SER et le LCH considèrent que le PEL ne peut s'imposer en plus des sys-

tèmes de notation existants, mais permettrait de remplacer les évaluations sommatives démotivantes par des évaluations formatives.
Au contraire, NE considère qu'il faut généraliser l'utilisation des PEL I et III et VS approuve sa promotion tant qu'il n'y a pas d'obligation pour les cantons.

Douze cantons, la BKZ et PP préconisent une adaptation et un développement du PEL (BKZ, PP, AG, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, NE, SO, TG, ZH ainsi que PH Luzern, PHSZ, PHTG), par exemple :

- s'attacher surtout au PEL II (BKZ) ;
- développer une version numérique (BKZ, FR, NE, SO, TG, ZH) ;
- simplifier le PEL et l'articuler aux moyens d'enseignement (FR, GE, GL, PHSZ) à la suite d'une analyse (PP, BL, BS, BE, GR, SO) ;
- les moyens d'enseignement peuvent dans une certaine mesure être considérés comme une alternative au PEL (SG, swu, PH Bern) qu'il convient toutefois de garder aussi (swu) ;
- adapter le PEL à l'âge des élèves (SO).

D'autres solutions sont envisagées pour assurer l'utilisation du PEL : introduire des portfolios dans d'autres disciplines (PH Luzern) et travailler à la cohérence de l'évaluation entre toutes les disciplines (SER et LCH).

6 Partie IV : Recommandations complémentaires relatives au développement de l'enseignement des langues

Les recommandations sont bien accueillies et les réactions portent essentiellement sur les mesures concrètes et les conditions de leur mise en place ou les choix de formulation. Seuls quelques points font l'objet d'avis divergents : une uniformisation des niveaux de compétence langagières et la mise en place de mesures propres à encourager le choix des langues nationales dans la formation des enseignantes et des enseignants sont certes approuvées, mais les modalités et les mesures sont controversées. En outre, la mise à disposition d'instruments pour l'évaluation des compétences des élèves ne semble pas être considérée comme indispensable par tous les participants.

Trois cantons soutiennent les recommandations dans leur globalité (SG, SH, TI ainsi que PHZH). AI est en faveur de propositions plus concrètes.
Le SER et le LCH insistent sur la nécessité de distinguer les objectifs pour la deuxième langue nationale et pour l'anglais : la deuxième langue nationale ne doit pas être notée ni servir à la sélection. Son apprentissage vise essentiellement le développement de compétences communicatives et les savoirs culturels.

6.1 Encouragement des compétences linguistiques des enseignantes et enseignants

Six cantons, la BKZ et PP relèvent que cette recommandation concerne tant la formation initiale que continue et préconisent la formulation suivante :

> *« Den Kantonen wird empfohlen, die Sprachkompetenzen der Lehrpersonen in der Aus- und Weiterbildung zu fördern (...) »* (BKZ, PP, BE, BL, BS, GL, GR, SO, PHZH)

<u>1e puce : Niveaux de compétence</u>
Dans la formation à l'enseignement, le niveau de compétences langagières à exiger soulève des controverses tandis que l'introduction des profils de compétence spécifiques rencontre un vaste consensus. Quatre cantons approuvent la recommandation sans autre commentaire (NE, SG, SH, TI, ainsi que PHSZ, PH Zug, PHZH). GE et FR réitèrent le besoin de relativiser la formulation « la pratique déjà appliquée par les institutions de formation » (cf. partie 4.4).

Niveau de compétences langagières à l'entrée dans les institutions de formation : TG saluerait une harmonisation du niveau à l'entrée dans la formation. GE précise que le niveau B2 est aussi celui de la maturité spécialisée « pédagogie ». Pour GR, un instrument d'évaluation devrait être mis en œuvre avant l'entrée

dans la formation. La PH Bern et swu considèrent que les étudiantes et étudiants devraient attester d'un niveau B2 en début de formation.

Niveau de compétences langagières en fin de formation : cinq cantons et les six cantons de la BKZ se prononcent en faveur du maintien des niveaux C1 (degré primaire) et C2 (degré secondaire I) ou respectivement C1* et C2* (BKZ, AG, BL, BS, SO, ZH, ainsi que swu, PH Bern, PH Luzern, PHSZ, PH Zug, PHTG), les niveaux C1* et C2* représentant des niveaux orientés vers les certificats internationaux et prenant en compte les compétences langagières spécifiques à la profession. Pour BS, il conviendrait de rendre ces niveaux plus contraignants. La BKZ approuve le maintien de certificats de langue reconnus au niveau international, mais considère que des solutions doivent être trouvées pour les étudiantes et étudiants qui ne les acquièrent pas. Pour swu au contraire, il ne faudrait pas rendre les niveaux obligatoires. La HEPVS suggère de distinguer les formations comprenant deux langues (C1*) et trois langues (B2*). Pour BL, l'atteinte des niveaux requis nécessite une amélioration du soutien à l'apprentissage des langues tout au long de la scolarité. Pour atteindre les niveaux en fin de formation, il convient de prendre en considération les profils spécifiques (BKZ, SO, ZH, swu) ou au contraire de s'en distancer (AG).
BE spécifie que les niveaux indiqués ne peuvent être attendus dans le cadre de la formation initiale et que c'est par le biais de la formation continue que les compétences langagières sont élargies. Deux autres cantons considèrent les niveaux trop élevés : pour VS, le niveau B2 suffit, notamment pour l'enseignement au degré primaire (position confirmée par SER, LCH). Pour GR, un B2 doit être exigé et un C1 conseillé.

Profils de compétences spécifiques : L'introduction des profils de compétence spécifiques est explicitement saluée par onze cantons, la BKZ et neuf autres participants (BKZ, BE, BL, BS, GR, LU, SG, SH, SO, TG, TI, ZH, LCH, SER, swu, HEPVS, PH Bern, PH Luzern, PHSZ, PHTG, PH Zug), notamment parce qu'ils renforcent aussi la compétence didactique des enseignantes et enseignants (PP, BE, BS, PHTG). Deux formulations alternatives incitent à affermir la formulation de la recommandation :

> *« die von den Ausbildungsinstitutionen bereits angewandte Praxis und von der EDK bei der Diplomanerkennung übernommenen berufsspezifischen Kompetenzniveaus (vgl. Ziff. 11) dringend empfehlen, gestützt auf ... »* (BE)
>
> *« ...gestützt auf dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GER). Besondere Beachtung verdienen dabei die neu entwickelten berufsspezifischen Sprachkompetenzprofile, mit welchem Fremdsprachenlehrpersonen berufs- und stufenspezifische Sprachkompetenzen auf dem Niveau C1 oder C2 erwerben, die gezielt auf die Aktivitäten und Sprachhandlungen im Lehrberuf zugeschnitten sind. »* (SO)

BL préconise aussi une formulation mettant mieux en valeur les profils spécifiques.
Pour GR, les profils doivent être reconnus ou comparables au niveau national et international.
Pour ZH, des exigences minimales sont à élaborer sur la base des profils et en relation au Cadre européen commun de référence pour les langues (CECR).
Seuls deux cantons contestent l'introduction des profils à moins que le statut généraliste des enseignantes et enseignants soit maintenu (VS) ou parce qu'ils ne correspondent pas aux niveaux requis (AG).

Ajouts souhaités : La formation continue devrait être évoquée (BKZ, BE, TG), de même que la compétence didactique, et notamment la didactique du plurilinguisme (BS, BL, SO). Les échanges seraient à promouvoir dans la formation des enseignantes et enseignants (BKZ, NE, ZH). Pour NE, un séjour linguistique de quelques mois devrait être exigé au cours de la formation. Selon le SER et le LCH, une formation langagière dans une deuxième langue nationale devrait être obligatoire pour tous les enseignants et enseignantes, quelles que soient les disciplines qu'ils enseignent, afin qu'ils soient en mesure d'organiser et d'accompagner les programmes d'échanges, séjours, etc.

<u>2e puce : Didactiques disciplinaires</u>
Six cantons soutiennent explicitement la recommandation (LU, NE, SG, SH, SO, TI, ainsi que swu, PH Luzern, PHZH). Aucun avis contraire n'est enregistré.

Pour GE, il conviendrait de réaliser prochainement un état de la situation des didactiques des disciplines. Pour AG, il convient de souligner la cohérence verticale dans la didactique disciplinaire du degré primaire jusqu'au degré secondaire II. Pour le LCH et le SER, la coopération entre les didactiques des différentes langues est nécessaire.

3e puce : Didactique du plurilinguisme
Le soutien aux approches de la didactique du plurilinguisme dans la formation est unanime : cinq cantons saluent explicitement la recommandation sans émettre d'autre commentaire (LU, NE, SG, SH, TI, ainsi que PH Luzern, PHTG, PHZH, swu, LCH, SER,). Trois cantons et PP insistent sur la place de la didactique du plurilinguisme aussi dans la formation continue (PP, BL, BS, GE). Trois cantons et PP demandent à choisir une formulation plus contraignante telle que :

> *« en veillant à ce que la didactique du plurilinguisme s'établisse dans la formation » (PP, BL, BS, SO).*

Quatre institutions de formation proposent des scénarios en vue d'une mise en œuvre concrète de cette recommandation (PH Bern, PHSZ, PHTG, PHZH). La PHTG soulèvent la question de la place de la langue de scolarisation pour mettre en œuvre la didactique du plurilinguisme. Le SER et le LCH objectent toutefois à la recommandation que les mesures à prendre pour promouvoir la didactique du plurilinguisme ne sont pas seulement d'ordre didactique, mais aussi structurel, ces approches étant plus aisées à mettre en œuvre par des personnes enseignant plusieurs langues.

4e puce : Choix des langues nationales
La recommandation portant sur le choix des langues nationales comme branches d'étude suscite des réactions contradictoires. Le principe de la promotion des langues nationales dans la formation n'est aucunement controversé. Mais l'exemple proposé (la limitation des combinaisons possibles de disciplines) est rejeté par cinq cantons (AG, AI, BS, FR, LU, ainsi que PH Bern, PH Luzern, PHTG, swu).
A l'inverse, huit cantons, la BKZ et PP soutiennent la proposition (BKZ, PP, BE, BL, GL, SG, SH, SO, TI, ZH ainsi que PHZH). Parmi eux, quatre cantons, la BKZ et PP proposent d'élargir son champ d'application au degré primaire (BKZ, PP, BE, BL, GL, SO). BS estime que la recommandation devrait être rejetée, mais que, dans le cas où elle serait retenue, elle devrait être appliquée aussi au degré primaire.
NE souhaite plus de précisions pour prendre une décision et estime qu'une réflexion, notamment en lien avec le marché du travail, est nécessaire.
Les deux formulations alternatives notées dans les prises de position reflètent cette controverse :

> « *dass angehende Lehrpersonen aller Stufen die Landessprachen als Studienfächer belegen* » (BE)
>
> « *[...] als Studienfächer belegen, indem entsprechende Anreizmodelle geschaffen werden* » au lieu de « *zum Beispiel indem sie... einschränken* » (swu)

5e puce : Maturités bilingues et apprentissages par immersion
Tous les avis exprimés sont favorables à cette recommandation (LU, NE, SG, SH, SO, TI, ainsi que LCH, SER, swu, PH Luzern, PHSZ, PHZH), à l'exception de GL qui souligne l'impossibilité de mettre en place des maturités bilingues dans un canton disposant de ressources limitées.
La PH Bern précise qu'il convient de marquer la différence entre les maturités bilingues et les apprentissages par immersion, apprentissages qui sont par ailleurs à promouvoir à tous les niveaux de même que les projets interdisciplinaires (PH Bern, PHSZ).

6.2 Contribution à la qualité de l'enseignement

La recommandation est considérée comme prioritaire par AG et chaudement soutenue par NE.

1e puce : Impulsions visant à maintenir la progression et la motivation
L'audition montre que ce point devrait être reformulé.

Seuls six cantons saluent la proposition telle qu'elle est formulée (AG, LU, NE, SG, SH, TI). Cinq cantons et la BKZ jugent la formulation peu claire ou à concrétiser (BKZ, PP, BL, GR, SO, VS, ZH). Les exemples sont jugés peu convaincants (BKZ). Deux cantons et la BKZ précisent que les moyens d'enseignement sont déjà orientés vers les contenus (BKZ, GR, ZH). Selon BL, les exemples cités sont du ressort des enseignants, les cantons s'occupant de mettre en place les conditions-cadres. La BKZ propose d'autres exemples (ExcursionPLUS, contacts par voie électronique, échanges de courte durée, accueil d'invités dans les classes). Pour le SER et le LCH, la pertinence de la langue et son utilité étant les principaux moteurs de la motivation, il convient d'encourager les échanges de façon plus décidée.

2e puce : Outils pour l'évaluation des compétences

Les avis sur ce point divergent.
La mise à disposition d'outils pour l'évaluation des compétences est rejetée par un canton qui ne considère pas que le rôle d'un canton soit de fournir des outils aux écoles (GR). Six cantons au contraire soutiennent la proposition (AG, LU, NE, SG, SH, SO ainsi que la PHTG).
ZH indique que les outils d'évaluation formatives et sommatives sont intégrés dans les moyens d'enseignement et que des tests sont mis à disposition.
La BKZ et ZH relèvent que la formulation est erronée. La BKZ et la PH Bern proposent les formulations suivantes :

> *« ... den Lehrpersonen Materialien zur Verfügung stellen, die sie zur altersgerechten Beurteilung der Leistungen ihrer Schülerinnen und Schüler in Übereinstimmung mit der aktuellen didaktischen Ausrichtung ihres Unterrichts einsetzen können. » (BKZ)*

> *« ... den Lehrpersonen Materialien zur Verfügung stellen, die diese zur altersgerechten und didaktischen Ausrichtung des Unterrichts anregen und die darauf abgestimmte summative und formative Beurteilungsunterlagen beinhalten. » (PH Bern)*

Les institutions de formation ajoutent que les outils d'évaluation doivent être coordonnés entre les niveaux (PH Bern, PHTG), orientés vers les compétences (PHSZ) et introduits au cours de la formation des enseignantes et des enseignants (PH Bern). Des instruments doivent être développés pour l'évaluation diagnostique (PH Bern). Pour le SER et le LCH, il convient de renoncer aux évaluations sommatives des langues nationales.

3e puce : Organisation de l'enseignement

La proposition est soutenue par AG, LU, NE, SG, SH, SO et TI sans autre commentaire. AG et BL approuvent la proposition sur le principe, mais précisent qu'il n'est pas question d'augmenter le niveau de ressources. Les difficultés liées au financement sont aussi relevées par le LCH et le SER. Pour BS, l'autonomie d'action (partielle) des établissements doit aussi être évoquée.

4e puce : Accueil de personnes dont la langue première est une seconde langue nationale

Les positions sur ce point divergent. Sept cantons sont favorables à l'accueil dans les classes de personnes dont la langue première est une deuxième langue nationale (AG, BL, LU, NE, SG, SH, SO, ainsi que SER, LCH, PHZH) et trois cantons rejettent la proposition (GE, GR, VS). Les moyens financiers à engager par les cantons représentent une entrave à la mise en œuvre (GE, LU). Un canton y consacrerait ses ressources restantes (BL).
Les personnes accueillies dans les classes doivent disposer d'un diplôme d'enseignement des langues (FR), être qualifiées pour le degré et la discipline (BKZ), ou tout au moins certifier ou attester d'une formation dans l'enseignement des langues (GE).
Afin que l'anglais et l'italien puissent être pris en compte, la BKZ et ZH proposent la formulation suivante :

> « *[...] deren Muttersprache die Zielsprache ist, [...].* » (BKZ, ZH, PH Bern)

5e puce : Continuité entre les degrés

La proposition de recommandation sur la continuité entre les degrés est soutenue à l'unanimité dans les avis exprimés et considérée comme centrale par deux cantons (AG, BL ainsi que PH Luzern, PH Zug). Trois cantons et la BKZ proposent d'affermir la formulation :

> *« gezielt fordern »* au lieu de *« gewährleisten » (BKZ, AG, BE, ZH)*
>
> *« in der Unterrichts- und Beurteilungspraxis »* au lieu de *« in der pädagogischen Praxis »* (BKZ, ZH)
>
> *« [...] insbesondere auch mit Hinblick auf die Zulassungsprüfungen, z.B. Berufsmatur »* (BKZ, PHZH)

Deux cantons et la BKZ seraient favorables à une extension de la recommandation aux deux premières années d'école (BKZ, BE, ZH et aussi PH Bern). Pour le secondaire II, il conviendrait de préciser qu'il s'agit de l'orientation gymnasiale et professionnelle conformément à la Stratégie des langues pour le secondaire II du 24 octobre 2013 (AG).

6.3 Soutien au programme national d'échanges

Aucun avis ne s'oppose à cette recommandation.
BS se prononce en faveur d'une concrétisation par des exemples. GE et FR (ainsi que LCH et SER) évoquent la nécessité d'un soutien financier de la Confédération auquel il convient de faire explicitement référence (GE). Le LCH et le SER considèrent que la promotion des échanges ne devrait pas être laissée aux soins des cantons, mais devrait être coordonnée par la CDIP et la Confédération par le biais d'une agence mandatée. La PH Bern suggère que les cantons initient et soutiennent un système de jumelage entre les écoles inspiré du système de jumelage entre les villes.

7 Partie V : Accompagnement par des exemples de bonne pratique

La proposition de publier des bonnes pratiques est saluée.
Huit cantons juge la publication utile et bienvenue (AG, AI, FR, GE, NE, SG, SH, ZH, ainsi que swu, PH Bern, PH Luzern, PHTG). Pour FR, le point devrait figurer en début de document. AG s'interroge sur les possibilités de transfert dans les pratiques de classe.
Cinq cantons et la BKZ estiment que la troisième phrase est trop longue. Une formulation positive serait favorisée :

> « *damit sich die Lernkurve positiv entwickelt* » au lieu « *um ein Abflachen der Lernkurve zu vermeiden* » (BKZ, AG, BE, GR, SO, ZH).

Six cantons et la BKZ seraient en faveur de la diffusion des bonnes pratiques sur une plateforme (BKZ, BL, GE, GR, SO, TG, ZH) telle que www.profilQ.ch (LCH, SER). Quatre cantons et PP trouveraient adéquat de préciser comment et avec quels instruments les bonnes pratiques seront publiées (PP, AG, BL, BS, SO). BL, SO et PP indiquent que les cantons du projet Passepartout pourraient aider à la construction d'une plateforme et disposent de nombreux exemples.
En termes de contenus, il convient d'évoquer aussi la différenciation pour les élèves ayant plus de facilités avec l'apprentissage des langues et pour les élèves dont la langue enseignée est la langue première (BKZ, ZH, ainsi que PHSZ, PHTG, swu) et les formes d'évaluation adaptées à l'âge des élèves et conformes à l'orientation didactique (NE). Des exemples sont à fournir pour le degré secondaire I (BS). Le document doit être orienté vers la pratique et le concret (AI, ZH, LCH, SER).

8 Autres sujets évoqués dans les prises de position

Certains participants se prononcent sur des aspects non prévus dans le projet soumis à l'audition, tels que la dotation horaire. La consultation indique que celle-ci doit rester la prérogative des cantons. Seul ZH approuverait une recommandation sur un nombre d'heures d'enseignement des langues suffisant en début d'apprentissage.
swu évoque en outre la mise en œuvre d'un soutien ciblé pour les élèves dont la langue première est la langue cible et une mise à profit de leurs compétences dans les cours de langue, un soutien apporté aux enseignantes et enseignants spécialisés par le biais des formations continues et une analyse des partenariats possibles entre écoles de régions linguistiques différentes.